FFE Rundbrief 2/2023
Ausgabe Juli 2023

FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden
FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878 FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

Leitungskreis: Christiane Drape-Müller, Manfred Jeub, Felix Klinger, Robert Kölblin, Peter-Michael Kuhn, Johannes Maier, Helga Schmidt, Dr. Werner Schmidt, Jürgen Stude, Dr. Wilhelm Wille

Editorial *von Manfred Jeub*

Das Programm des FFE-Studientags 2023 steht. Unter dem Titel „Bedrohte Diskurse“ kommen unsere Kernthemen Pazifismus und Israel-Palästina diesmal auf einer Metaebene zusammen: in Reflexion von bedenklichen Erfahrungen der Ausgrenzung und Diffamierung von nicht staats(kirchen)konformen Positionen in den Medien und im öffentlichen Diskurs.

Im letzten Rundbrief 1/2023 war auf S. 23ff. die Eingabe des FFE zu lesen, mit der wir die Landessynode aufforderten, sich die Antisemitismus-Definition der JDA zu eigen zu machen. Es lohnt sich, diesen klar begründeten Text noch einmal anzuschauen, bevor man den Bescheid des Synodalpräsidenten auf sich wirken lässt.

Evangelische Kirchentage sind von den „Likes“, von den Besucherzahlen her, auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Woran mag es liegen? Jedenfalls hat zur Demontage des Renommees vom freien, offenen Christenfestival, das heiße Themen verhandelt, das Verbot der Nakba-Ausstellung erheblich beigetragen – dazu eine Korrespondenz. Staatsfromme Regie auch beim Thema Ukrainekrieg. Das Podium dazu sollte ursprünglich besetzt sein mit dem obersten Militär Generalinspekteur Breuer, dem Staatssekretär der Grünen Giegold, der EKD-Ratsvorsitzenden Kurschuss und dem EKD-Friedensbeauftragten Kramer. 3:1 für Waffenlieferungen. Als Bischöfin Kurschuss erkrankt ausfiel, wurde die Lücke positionsgetreu geschlossen – durch die Bischöfin der Badischen (sic!) Landeskirche Springhart. Die FAZ titelte: *Evangelischer Kirchentag: Abschied von der Generation Käßmann*.

Zum Thema Ukrainekrieg lassen wir die Stimme ukrainischer Kriegsdienstverweigerer zu Wort kommen. Wir drucken einen Essay des langjährigen UN- und OSZE-Diplomaten Michael von der Schulenburg ab und ein Interview mit General a. D. Harald Kujat. Dass beides in der Schweiz veröffentlicht wurde, scheint bezeichnend. Zur Lieferung von Streubomben hat die Aktion Aufschrei, der sowohl das FFE als auch die Landeskirche angehören, eine Pressemitteilung herausgegeben, mit der wir uns identifizieren.

Gibt es eine Chance, dass sich im deutschen Israel-Palästina-Diskurs etwas verändern könnte, seit Israel eine rechtsextreme Regierung hat? Jedenfalls finden sich in den Mainstream-Medien nach meinem Eindruck in jüngster Zeit öfter kritische Stimmen zur Besatzungs- und Siedlerpolitik, z. B. die Weltspiegel-Doku „Israel auf dem Weg in den Gottesstaat“ (in der ARD-Mediathek) oder ein Artikel wie dieser im Stern: https://www.stern.de/politik/ausland/israel---darum-ist-die-demokratie-in-gefahr-33653648.html Bleibt abzuwarten, wann sich auch in jenen Kreisen der Evangelischen Kirche, die ihr verfestigtes Traumbild Israel pflegen, eine realistischere Sichtweise durchsetzt.

Einer Attacke dieser Provenienz auf Amnesty International, die der Menschenrechtsorganisation Antisemitismus unterstellte, bin ich in diesem Frühjahr mit einer Replik entgegengetreten. Dem württembergischen Bischof Gohl hat der Leitungskreis einen Protestbrief zu dessen Teilnahme an einer Veranstaltung mit christlichen Zionisten geschrieben.

Die NGO medico international stellte uns ein Interview mit dem israelischen Menschenrechtsanwalt Michael Sfard zur Verfügung und eine Einschätzung deutscher Israel-Politik durch ihren Nahost-Referenten Riad Othman.

Zum Abschluss gibt es noch zwei Literaturhinweise auf jüngst erschienene Bücher. Wie viel mehr an aktuellen Hinweisen und Texten möchte man unterbringen! Vielleicht wird dies die im Aufbau befindliche neue Homepage des FFE leisten können.

Inhalt

Editorial *von Manfred Jeub* ***1***

Impressum ***2***

Einladung zum FFE-Studientag 2023 Bedrohte Diskurse
Ist bei Themen wie Ukraine und Palästina noch Meinungsfreiheit gegeben? ***3***

OHNE KOMMENTAR – Antwort von Synodalpräsident Wermke auf die Eingabe des Forums Friedensethik ***4***

Korrespondenz zum Verbot der Nakba-Ausstellung auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg ***5***

Der 15. Mai ist der bedeutendste Tag im Mai *Grußwort von Yurii Sheliazhenko, Ukraine, zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung 2023 (15.05.2023)* ***7***

Wird der Ukraine Krieg zum Verhängnis für die Europäische Union? *Von Michael von der Schulenburg (5. Juli 2023)* ***9***

„Seit Kriegsbeginn zahlt die Ukraine einen hohen Blutzoll." *Interview von Thomas Kaiser mit General a. D. Harald Kujat (15. Juni 2023)* ***13***

Keine Streumunition für Ukraine! Bundesregierung muss sich gegen Lieferung und Einsatz aussprechen! *Pressemitteilung der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel (11. Juli 2023)* ***18***

Israel und Apartheid: Kritik einer eindeutigen Verunklarung. Eine Replik *von Manfred Jeub* ***19***

Anwalt ohne Parkplatz *Interview mit Michael Sfard (28. Juni 2023)* ***22***

Doppelstandards. Die deutsche Politik stellt die Menschenrechte der Palästinenser:innen hintenan. *von Riad Othman (27. Juni 2023)* ***25***

Brief des FFE-Leitungskreises an den württembergischen Landesbischof Ernst-Ludwig Gohl *(4.Juli 2023)* ***27***

Zwei Buchempfehlungen *von Manfred Jeub* ***28***

Impressum

Das **„FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden"** ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878 FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886
http://www.ekiba.de/html/content/rundbriefe.html
Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55
Redaktion: Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468

FFE | FORUM FRIEDENSETHIK
in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Einladung zum FFE-Studientag 2023

Bedrohte Diskurse

Ist bei Themen wie Ukraine und Palästina noch Meinungsfreiheit gegeben?

Es gibt Reizthemen, bei denen in unserer Gesellschaft die freie öffentliche Diskussion gefährdet ist. Positionen werden ins Abseits geschoben, skandalisiert oder mundtot gemacht. Der Sachbuch-Bestseller „Die vierte Gewalt" von Precht/Welzer wirft unseren Leitmedien beim Ukrainekrieg solche Diskursverengungen vor. Schnell ist als Putin-Versteher gebrandmarkt, wer sich Kriegsnarrativen widersetzt. Referentin ist die bekannte Journalistin und Publizistin Gabriele Krone-Schmalz. Beim Thema Israel-Palästina wird der offene Diskurs seit Jahren geradezu administrativ be- und verhindert. Hier ist es die Antisemitismus-Keule, mit der Kritik an den beständigen Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel in Deutschland zum Schweigen gebracht wird. Die Referentin Karin Wetterau ist Autorin des Buches „Neuer Antisemitismus? Spurensuche in den Abgründen einer politischen Kampagne".

Termin: **Samstag, 11. November 2023, 10.30 – 17.30 Uhr**

Ort: Albert-Schweitzer-Saal an der Christus-Kirche in Karlsruhe,
Reinhold-Frank-Straße 48a (beim Mühlburger Tor)

Tagungsbeitrag: 20,00 EUR inkl. Mittagessen und Getränke

Anmeldung: **möglichst bald**, spätestens 1. November 2023 bei Dr. Werner Schmidt,
E-Mail: dr.schmidt-keltern@t-online.de, Tel.: 07236-7306

Programm:

10:30 Begrüßung

10:40 Einführung: Mediale Mobilmachung. Beobachtungen in der Qualitätspresse

11:00 – 11:45 **Respekt geht anders. Russland und die Ukraine in der öffentlichen Diskussion**
Vortrag von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz

11:45 – 12:15 Nachgespräch im Plenum

12:25 – 13:15 Kleingruppenarbeit zu Einzelaspekten des Themas

13:15 – 14:00 Mittagspause

14:00 – 14:45 **Staatsräson und Schuldabwehr oder die Erfindung des "israelbezogenen Antisemitismus" als Kampfbegriff** – Vortrag von Karin Wetterau

15:45 – 15:15 Nachgespräch im Plenum

15:30 – 16:30 Kleingruppenarbeit zu Einzelaspekten des Themas

16:30 – 17:30 Abschlusspodium mit den Referentinnen

Veranstalter:
Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden, in Kooperation mit
Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe,
Bezirksstelle für Evangelische Erwachsenenbildung (eeb) Karlsruhe,
pax christi Diözesanverband im Erzbistum Freiburg

FFE

OHNE KOMMENTAR – Antwort von Synodalpräsident Wermke auf die Eingabe des Forums Friedensethik

www.ekiba.de

EVANGELISCHE
LANDESKIRCHE
IN BADEN

Der Präsident der Landessynode · Postfach 2269 · 76010 Karlsruhe

Herrn
Manfred Jeub
Jacobistr. 54
79104 Freiburg

Der Präsident der Landessynode
Axel Wermke
Blumenstraße 1-7, 76133 Karlsruhe
Landessynode@ekiba.de
Telefon 0721 9175-150
Telefax 0721 9175-25-151

Eingabe betr. Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus Karlsruhe, 13. April 2023

Sehr geehrter Herr Jeub,

in der Sitzung vom 24.03.2023 hat sich der Ältestenrat mit der Eingabe des Forums Friedensethik betr. Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus befasst.

Der Ältestenrat kann das Anliegen sehr gut nachvollziehen. Das Thema Antisemitismus erfordert Bewusstseinsbildung und weiteres Gespräch, dazu gehört auch das Fragen nach den Grenzen des Sagbaren und nach den Inhalten dessen, was gesagt werden muss.

Die Grundordnung als Basistext unserer Landeskirche setzt bereits die entscheidenden Koordinaten und wehrt jeglicher Judenfeindschaft (Art 3). Die Erklärung der Landessynode von 2018 benennt in aller Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit das Phänomen der Judenverachtung und plädiert für eine sehr sorgfältige Unterscheidung von kritischer Analyse der Politik des Staates Israel. Diese Elemente sind allerdings fortwährend in Balance zu halten. Medium dafür ist einzig das Gespräch, die Unterredung in einem freien, unverstellten Raum. Die Landessynode hat sich auf einen Weg des Dialogs und der Begegnung gemacht, weniger der begrifflichen Fixierungen und papiernen Erklärungen. Sie ist Kirche auf dem Weg, auch in dieser Hinsicht Pilgerkirche. Und genau hier - auf dem Wege - hat auch die Debatte um Bedeutung, Grenzen und Erscheinungsformen von Antisemitismus ihren Ort. Das Steuerungsteam für den synodalen Wegprozess wird Stationen finden, auf denen solche Fragen eingespielt werden können. Um miteinander sprachfähig zu werden und zu bleiben auch in den wahrnehmbaren Konfliktlinien der Zukunft.

Auf dieser Grundlage verweist der Ältestenrat die Eingabe an die Lenkungsgruppe, im Bildungs- und Diakonieausschuss wird über den Fortgang des Dialogwegs berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Wermke

Korrespondenz zum Verbot der Nakba-Ausstellung auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg

Schreiben vom 30.11.2022

von Canon Dr. Paul Oestreicher
an Frau Dr Kristin Jahn und Frau Dr. Stephanie Rentsch – Deutscher Evangelischer Kirchentag

Liebe Kolleginnen,

Ich rede euch an - wenn ich so reden darf - als Kirchentags-Mitarbeiter aus 'alten Tagen', beginnend mit dem Kirchentag in Frankfurt, an dem zum letzten Mal offizielle Vertreter der DDR - Nuschke und Diekmann - teilnehmen durften. Es ging dabei um die Freiheit des Wortes. Der Kalte Krieg war schon auf Hochtouren. In einer Großversammlung ging es um die Einheit Deutschlands. Otto Nuschke, Vorsitzender der Ost-CDU, sollte die DDR Position auf einem Forum vertreten. Ein erbostes Publikum schrie Nuschke nieder. Tief traurig verließ er den Saal. Die vermeintlichen Zuhörer waren unfaehig zuzuhören. Gastgeber Kirchenpräsident Niemöller schämte sich. Solidarisch folgte ich Nuschke, nicht etwa weil ich seiner Meinung war. Wir unterhielten uns, Mensch zu Mensch. Er hatte allerlei getan, um die harte Kirchenpolitik der SED zu mildern. Erst nach dem Mauerfall war die Ost-CDU plötzlich wieder gesellschaftsfähig. Es folgten dem Frankfurter viele, viele Kirchentage. Die Akzente verschoben sich, je nach der jeweiligen Stimmung. Auch in diesem sich tolerant darstellenden christlichen Raum blieb Widerspruch ein Wagnis.
Ich schreibe in meinem 92. Jahr diese Zeilen in Neuseeland, zurück im Land, das ich als siebenjähriges deutsch-juedisches Flüchtlingskind mit meinen Eltern 1939 erreichte. Auch in der Suedsee ist es nicht leicht, gegen den Strom zu schwimmen. So ist's, habe ich lernen müssen, überall in der Einen Welt. Der Sinn meines Schreibens ist es, euch zu ermutigen, im Kirchentag gegen den Strom des sinnwidrigen deutschen Philosemitismus zu schwimmen. Dieser Philosemitismus ist kein Widerspruch zum Antisemitismus, sondern nur eine andere Form des Gleichen. Juden sind nicht mehr oder weniger gut als andere Menschen, der Judenstaat Israel (wie er sich selbst nennt) ist nicht mehr oder weniger gerecht als viele andere. Sie alle müssen mit dem gleichen Maßstab gemessen werden. Dem widerspricht der Anti- und zugleich der angeordnete Philosemitismus.
Leider ist das heute und nicht nur angesichts der Shoah in Deutschland der Fall. Israels Missachtung des internationalen Rechts ist nichts anderes als das. Desmond Tutu kommt nach Jerusalem, nicht nur auf ein paar Tage. "I know Apartheid when I see it". Atomwaffen in Nordkorea, verpönt, für Iran, verboten, in Israel stillschweigend gebilligt. Russland will Ukraine besetzen. Israel hat Palästina längst besetzt. Es heißt nun Judäa und Samarien. Tschechien wurde einst besetzt, hieß dann das deutsche Protektorat Böhmen und Mähren. Die Shoah bleibt tatsächlich unvergleichlich. Palaestina ist infolgedessen das unbenannte Opfer jüdischer Angst. Die Wahrheit tut mir (wie auch vielen Juden) sehr weh.
Auf was will ich hinaus? Auf der großen Bühne vielleicht eine Kleinigkeit. Ich nehme wahr, der Kirchentag unterwirft sich dem deutschen Maulkorb, erlaubt zwar die Präsenz einer pro-palästinensischen Organisation auf dem Markt der Möglichkeiten. Zu den Möglichkeiten gehört aber scheinbar nicht das Zeigen der Nakba-Ausstellung, die die Ursprünge der Leiden der Palaestinenser ehrlich darstellt. Sachlich ist das unerklärlich, im Kontext der deutschen Wirklichkeit aber allzu erklärlich. Mein heißer Wunsch - sehr persönlich - ist, Sie mögen in Frontstellung gehen, gegen diesen de facto befohlenen Philosemitismus. Als ein Zeugnis würde das dem Kirchentag auf teurem Weg zugutekommen. Viele Juden, wenn auch nicht die Mehrheit, wären euch dankbar.

Das wär's, liebe Kolleginnen, wenn auch nicht in aller Kürze. Dieser Text ist nicht als veröffentlichter offener Brief gedacht. Ist aber nicht vertraulich geschrieben. Teilt ihn, wenn ihr wollt, mit wem auch immer. Ich nehme mir das gleiche Recht.

Ich grüße euch aus Aotearoa-Neuseeland herzlichst und in Te Reo, der Maorisprache, mit viel Liebe: AROHANUI.
PAUL

Antwortschreiben vom 5.12.2023

Herrn
Dr. Paul Oestreicher

38. DEKT Nürnberg 2023 – Ihre E-Mail vom 30. November 2022 an Dr. Kristin Jahn und Dr. Stefanie Rentsch

Sehr geehrter, lieber Herr Oestreicher,
mit herzlichen Grüßen von Stefanie Rentsch (Studienleitung) bedanke ich mich für Ihre Nachricht und

Ihre konstruktiv-kritische Begleitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Der Kirchentag ist ein Mitmachfestival, bei dem jede und jeder eingeladen ist, sich mit eigenen Ideen und Projekten für das Programm zu bewerben. Alle Bewerbungen werden von verschiedenen vom Präsidium eingesetzten Expertengremien durchgesehen und geprüft. Für jeden Kirchentag werden die Entscheidungen durch das Präsidium neu getroffen und gelten für den jeweils einzelnen Kirchentag. Ein Recht auf Zulassung besteht nicht. Eine Begründung für eine Ablehnung oder Zulassung erfolgt in keinem Fall.

Im Fall des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon e.V. wurde der Verein für den Markt der Möglichkeiten zugelassen, um über seine Aktivitäten zu informieren. Die Gruppe hat die Zulassung, die Einladung zum Marktstream sowie einen Standplatz erhalten.

Es gibt für den Kirchentag 2023 in Nürnberg die Einschränkung, dass die Nakba-Ausstellung nicht gezeigt werden soll. Die Möglichkeit für ein persönliches Gespräch wurde dem Verein eröffnet.

Es ist gut zu wissen, dass die Verbundenheit mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag die ganze Welt umspannt. Vielleicht haben Sie Freude daran, im kommenden Jahr die für den 38. DEKT ausgebauten digitalen Angebote zu nutzen.

Herzliche Grüße
Kristin Jahn
Generalsekretärin

Schreiben vom 7.12.2022

Liebe Frau Jahn,

Bei aller Freundlichkeit, werden Sie doch nicht meinen, ich gebe mich mit Ihrer bürokratischen Antwort zufrieden. Sie weisen lediglich auf einen Leitungsbeschluss des Kirchentags auf Grund des Urteils eines beratenden Ausschusses. Es gäbe weiterhin 'in keinem Fall' eine Begründung. Da es mir eindeutig um eine Begründung geht, ist ihre Antwort überhaupt keine, sondern vielmehr eine Flucht in das Formale.

Die ausführliche Begründung meiner Anfrage sprechen Sie nicht an. Es geht mir einerseits um das freie Wort und wesentlich um das Schweigen zu der Leidensgeschichte der Palaestinenser. Wenn auch ohne Klartext, läuft Ihr Brief hinaus auf eine Unterstützung der selbst auferlegten Zensur. Zu meinem Kummer, entehrt das den Kirchentag. Diese Form der political correctness deutscher Prägung geht an der Wahrheit gänzlich vorbei.

Fuerbittend
Ihr
Paul Oestreicher

Schreiben vom 10.2.23
von FFE-Leitungskreismitglied Manfred Jeub an
Deutscher Evangelischer Kirchentag
Dr. Kristin Jahn, Generalsekretärin

Sehr geehrte Frau Dr. Jahn,

„Es gibt für den Kirchentag 2023 in Nürnberg die Einschränkung, dass die Nakba-Ausstellung nicht gezeigt werden soll." – so schrieben Sie dem 91-jährigen Paul Oestreicher zurück, der sich mit einem erfahrungsgesättigten Plädoyer an Sie gewandt hatte, den Kirchentag doch bitte auch für das Leid der Palästinenser offen zu halten. Sie sind auf seine vorgebrachte Sachargumentation mit keinem Wort eingegangen, sondern haben sich auf eine Anordnung berufen, für die eine Begründung ausdrücklich verweigert wird.
Ich bin befremdet und völlig einig mit dem konsternierten ‚Elder Churchman', wenn er Ihnen zurückschreibt: „Zu meinem Kummer entehrt das den Kirchentag."
Als evangelischer Christ in Deutschland und Pfarrer der badischen Landeskirche kann ich Sie aber nicht aus der Rechenschaftspflicht für eine kirchensteuerfinanzierte Großveranstaltung entlassen, gerade wenn es um spezifisch meinungseinschränkende Anordnungen geht.
Diese Anordnung erschließt sich mir nicht. Ich insistiere auf einer Begründung.
Mit einer Begründungsverweigerung beschädigen Sie das Wesen Evangelischer Kirchentage, wie ich sie kenne und wie viele sie schätzen, denn ein Festival des offenen Meinungsstreites ist unvereinbar damit, dass im Dunkeln bleibende „Experten" ohne Begründung vorsortieren, was in Erscheinung treten darf und was nicht. Eine sinnvolle Gatekeeper-Funktion muss unbedingt transparent sein.
In der Frage Israel-Palästina gibt es in Kirche und Gesellschaft unterschiedliche Sichtweisen und Überzeugungen. Aufgabe eines Evangelischen Kirchentages ist es m. E., sie abzubilden und ins Gespräch zu bringen, und zwar gerade dann, wenn staatlicherseits Einschränkungen stattfinden, die Gerichte als verfassungswidrig aufheben und die international gerügt werden.
In der Sache möchte ich, solange Sie keine Gründe vorbringen, die Ihre Zensurmaßnahme rechtfertigten, nur andeuten: 2023 ist ein Jahr der jüdischen Erinne-

rung an die Staatsgründung Israels und 2023 ist ein Jahr der palästinensischen Erinnerung an die Nakba. Zu beidem sind wir als Deutsche aus ein und demselben Schuldzusammenhang heraus gefordert, uns zu verhalten. Ich verweise auf das Buch von *Charlotte Wiedemann, Den Schmerz der Anderen begreifen*.

Meine Fragen an Sie:
Wer hat das Verbot der Nakba-Ausstellung ausgelöst und wie ist dieses Verbot begründet?
Welche konkreten Aussagen in der Nakba-Ausstellung sind es, die beanstandet werden?

Ich grüße Sie freundlich in Erwartung einer Beantwortung meiner Fragen
Ihr
(M. Jeub)

Dieses Schreiben blieb – wie zahlreiche andere – auch auf Nachfrage hin unbeantwortet.
Erst als ein Offener Brief mit prominenten Unterschriften einging und die arrogante Gesprächsverweigerung publik wurde, schob das Kirchentagspräsidium im März eine schmallippige Erklärung nach, die die Ausstellung als „seit Jahren überarbeitungsbedürftig“ und dem Dialog nicht dienlich bezeichnete. Andreas Zumach hat die Vorgänge dargestellt:
https://www.infosperber.ch/politik/welt/zum-erstenmal-seit-1969-nehme-ich-am-kirchentag-nicht-teil/
Nicht nur er sagte seine Teilnahme an diesem Kirchentag ab, nicht nur der als Ehrengast geladene ehem. ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser mochte unter solchen Umständen nicht teilnehmen, viele haben sich von solchen Vorgehensweisen abgestoßen vom Kirchentag abgewandt.

Der 15. Mai ist der bedeutendste Tag im Mai *Grußwort von Yurii Sheliazhenko, Ukraine, zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung 2023 (15.05.2023)*

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich sende Euch Grüße aus Kiew von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung.

Ich nehme diese Botschaft an einem Tag auf, an dem die Hauptstadt der Ukraine erneut von der russischen Armee bombardiert wurde. Viele Jahre lang haben sowohl die Ukraine als auch Russland im Mai den Tag des Sieges gefeiert, einen Feiertag des militaristischen Kults des sogenannten großen Sieges der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg.

Ein altes Lied besagt: Es ist ein Feiertag mit Tränen in den Augen. Aber im Allgemeinen waren Tränen nicht erlaubt, Kriegsverbrechen wie die grausame Bombardierung von Städten während des Krieges und besonders am Ende des Krieges wurden vergessen. Es war ein Feiertag der allmächtigen Armee und der tödlichen Stärke von uns, „den Siegern".

Als ich einmal am Tag des Sieges auf die Straßen von Kiew ging und ein Transparent hielt, auf dem die Abschaffung der Wehrpflicht und der Armee gefordert wurde, versuchten einige Menschen mit Siegergefühlen auf beschämende Weise, mir mein Transparent zu entreißen. Ein Mann in Militäruniform schlug mich sogar. Diese Versuche, eine pazifistische Stimme zum Schweigen zu bringen, zeugten von der völligen Unwürdigkeit der sogenannten Sieger.

Und jetzt, nach der hartnäckigen Weigerung Selenskyjs, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, und nach der verbrecherischen Invasion Putins in der Ukraine, sterben auf beiden Seiten der Frontlinie Zivilisten. Ihre Viertel werden durch den Beschuss zweier siegreicher Armeen zerstört.

In Donezk zum Beispiel tötete die ukrainische Armee "ruhmreich" sieben Insassen eines Kleinbusses, darunter ein Kind. In Uman hat die russische Armee die "Ziele" der so genannten militärischen Sonderoperation erreicht, ein Wohnhaus zerstört und 23 Bewohner, darunter 6 Kinder, ermordet.

Diese jüngsten "Siege" sind falsch, und sie sind das Ergebnis eines falschen Gedenkens an vergangene "Siege". Es ist falsch, dass Putin, Selenskyj und ihre Hintermänner, zynische geopolitische Zocker aus Ost und West, den Krieg für immer fortsetzen können.

Es ist falsch, dass der von ihnen beschworene Siegesmythos bei den Menschen, die von der Kriegswerbung im medialen Flügel des militärisch-industriellen Komplexes berauscht sind, der den Wohlstand des Volkes ausplündert und von Tod und Elend profitiert, keine Kritik erfährt.

Wir brauchen genau das, was für die Händler des Todes und ihre politische Klientel auf beiden Seiten der Frontlinie verhängnisvoll ist. Wir brauchen einen

Waffenstillstand und Friedensgespräche. Putin muss seinen Angriffskrieg beenden.

Lukaschenko sollte nicht Putins Komplize im Angriffskrieg sein. Selenskyj muss diplomatische und gewaltfreie Wege zur Verteidigung der Ukraine in Betracht ziehen, anstatt ein Blutbad anzurichten. Das ist gesunder Menschenverstand.

Aber Diktatoren und Militaristen hören nicht auf den gesunden Menschenverstand. Sie greifen an. Die Menschen bedeuten ihnen nichts, nur die Angriffe zählen. Sie suchen Ortschaften heim, zwingen Menschen gewaltsam in die Armee und machen Zivilisten gegen ihren Willen zu Kanonenfutter, um den Feind unter einer Lawine von unterworfenen Körpern und höllischem Gewehrfeuer zu begraben.

Kein Wunder, dass die Stimme des Gewissens im Kopf eines jeden Menschen sagt: Nein. Nein, um Gottes willen! Ich weigere mich zu töten! Wenn die Menschen nur zuhören würden... Wenn alle Menschen sich weigern zu töten, wird es keine Kriege mehr geben.

Aber im Moment ist es ein Tabu, ein Verbrechen, und Kriegsverweigerer werden unterdrückt. Die ukrainische Armee verweigert die Gewissensfreiheit und den Ersatzdienst. Kriegsdienstverweigerung wird in der Ukraine mit drei bis fünf Jahren Gefängnis bestraft, Desertion mit fünf bis zwölf Jahren hinter Gittern.

Dennoch setzen wir den gewaltlosen Widerstand gegen Militarismus und Krieg fort. Wir verteidigen die Menschenrechte. Ich lade Euch und die deutsche politische Klasse ein, darauf zu bestehen, dass die Ukraine, wenn sie Teil der europäischen Familie werden will, die Menschenrechte respektieren muss, einschließlich des Rechts, nicht zu töten.

Ich lade Euch und die deutschen Medien ein, den Anhörungen des Obersten Gerichtshofs der Ukraine in den nächsten wegweisenden Fällen beizuwohnen: der Kassationsbeschwerde des politischen Gefangenen Vitaly Alekseenko, der einen Freispruch und die Freilassung am 25. Mai anstrebt, und der Klage von Andrii Vyshnevetskyi, einem Kriegsdienstverweigerer, der in der Armee an der Front festgehalten wird und das Gericht auffordert, Präsident Selenskyj anzuweisen, ein Verfahren zur Entlassung aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen einzuführen.

Eine der Möglichkeiten, sich dem Krieg zu widersetzen, besteht darin, ins Ausland zu gehen, aber selbst Studenten, die es vorziehen, an europäischen Universitäten zu studieren, anstatt in Schützengräben zu verrotten, ist es untersagt, eine Zukunft in Frieden und Hoffnung zu wählen.

Allen Männern im Alter von 18 bis 60 Jahren ist es verboten, die Ukraine zu verlassen, vielen ist es gelungen, illegal zu fliehen, aber einige von ihnen haben sich auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Krieg umgebracht, sind in den Karpaten erfroren, in der Theiß ertrunken, und Tausende wurden direkt aus den Grenzstädten in den Fleischwolf geschickt.

Ich bitte Euch eindringlich, die #ObjectWarCampaign zu unterstützen, die Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine fordert. Die Europäische Union muss die Achtung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung nachdrücklich bekräftigen und darauf bestehen, dass auch Russland, Belarus und die Ukraine dieses Menschenrecht respektieren müssen. Die Menschenrechte sind eine Grundlage für einen gerechten Frieden.

Wie jedes Jahr gedenken wir auch in diesem Mai am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer all derer, die das Recht, das Töten zu verweigern, begründen und aufrechterhalten.

Der 15. Mai ist der bedeutendste Tag im Mai. Erinnern wir uns und feiern wir ihn. Dieser Mai oder der nächste Mai darf kein Monat der tödlichen und zerstörerischen Siege sein. Es muss ein Monat der Würde und des gesunden Menschenverstandes sein, ein Monat der Hoffnung, des Friedens und der Liebe, kurz gesagt, ein Monat der Kriegsdienstverweigerung.

Ich wünsche Euch Frieden und Glück.

Yurii Sheliazhenko

Yurii Sheliazhenko, Ph.D. (Law) ist Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung und Vorstandsmitglied beim Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung sowie bei World BEYOND war. Er gehört dem Rat des International Peace Bureau an.
Kontakt: shelya.work(at)gmail.com, +380973179326

Wird der Ukraine-Krieg zum Verhängnis für die Europäische Union? *Von Michael von der Schulenburg (5. Juli 2023)*

Mit der Überwindung der Teilung Europas werden wir uns um eine neue Qualität unserer Sicherheitsbeziehungen bemühen, wobei wir die diesbezügliche Entscheidungsfreiheit des anderen voll respektieren. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit eines jeden Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.

Charta von Paris für ein neues Europa, 21. November 1990

In Europa herrscht wieder der Wahnsinn des Krieges. Der Irrglaube, dass nur Waffen Sicherheit bringen können, hat erneut Hochsaison unter europäischen Politikern, in europäischen Denkfabriken und den Medien. Schlimmer noch, die gerade begonnene ukrainische Gegenoffensive soll nun eine militärische Entscheidung bringen, die wir politisch nicht erreichen konnten – oder wollten. Als hätten wir nichts aus der Vergangenheit gelernt, werden in Europa wieder Menschenopfer am Altar angeblicher Entscheidungsschlachten dargebracht. Damit überlassen wir Europäer die Zukunft der Ukraine und Europas, ja, vielleicht sogar die der Welt, der Unberechenbarkeit, dem Rausch und der Brutalität des Schlachtfeldes. Dabei bleibt völlig unklar, welche ‚Entscheidung' mit der nun stattfindenden Intensivierung des Krieges überhaupt erreicht werden könnte. Einen Frieden in Europa wird das sicherlich nicht bringen.

Denn dieser Krieg ist zunehmend ein Krieg zwischen Russland und der NATO geworden, indem Nuklearwaffen eine entscheidende Rolle in den militärischen Kalkulationen spielen. Niemand kann sagen, wo bei einer derartigen „Entscheidungsschlacht" die roten Linien liegen, ab denen es zu einer nuklearen Eskalation kommen würde. Damit setzen wir nicht nur uns, sondern die Menschheit einer unkalkulierbaren Gefahr aus – und das für einen Konflikt, der eigentlich diplomatisch hätte gelöst werden können.

Die Möglichkeit einer auf Vernunft und gegenseitigem Verständnis basierenden friedlichen Lösung des dem Krieg zugrundeliegenden Konfliktes über die Ausweitung der NATO zu finden, scheint in der nun herrschenden kriegerischen Atmosphäre in Europa nicht in Betracht gezogen zu werden. Diese erschreckende Unverantwortlichkeit können wir Europäer nicht nur Russland oder den Vereinigten Staaten anlasten. Auch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten tragen eine Verantwortung für die Katastrophe, die nun Europa befallen hat – vielleicht sogar die maßgebende Verantwortung. Denn dieser Krieg findet auf europäischem Boden statt und die EU als die bei weitem größte Staatengemeinschaft auf dem europäischen Kontinent hatte und hat damit einen entscheidenden Anteil an den Ursachen dieses Konfliktes und an der jetzigen Verlängerung des Krieges. Auch wenn die EU sich gerne im Gewand der entrüsteten moralischen Unschuld präsentiert, so trägt sie doch eine Mitschuld daran, dass es in Europa wieder einen Krieg gibt.

Die 27 EU-Mitglieder stellen auch die große Mehrheit unter den NATO-Mitgliedern. So hätte die EU sehr wohl ihren Einfluss einsetzen können und müssen, um diesen Krieg zu verhindern und, als er einmal ausgebrochen war, um ihn so schnell wie möglich zu beenden. Es wäre doch im ureigensten Interesse der EU gewesen, in dem über den bereits seit 1994 sich anbahnenden Konflikt auf dem europäischen Kontinent über die Ost-Erweiterung der NATO zwischen dem geopolitischen Interesse der USA ihre globale Dominanz zu behaupten und der Angst Russlands, militärisch von der NATO eingekreist und vom Zugang zum Schwarzen Meer abgeschnitten zu werden, zu vermitteln. Als es zum Krieg kam, hätte sich die EU unterstützend hinter die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen im März/April 2022 stellen müssen; der Krieg hätte so bereits nach einem Monat beendet werden können. Beides ist aber nicht geschehen.

Obwohl es warnende Stimmen innerhalb der EU gab und gibt, hatte die EU als Gemeinschaft seit 1994 nicht nur die Ost-Erweiterung der NATO uneingeschränkt unterstützt, sondern in dessen Schatten auch eine Ost-Erweiterung der EU betrieben. Dabei war allen zuständigen europäischen

Politikern klar, dass sie damit Europa auf einen Konfrontationskurs brachten, einen Konfrontationskurs, der nun zum Krieg mit Russland geführt hat. Mit dem Ausbruch des Krieges hat sich die EU nach anfänglichem Zögern sogar zu einer militärischen Eskalation des Konflikts hinreißen lassen, die heute selbst jene der USA übertrifft. So haben mehrere Länder der EU die ukrainischen Angriffe auf russisches Territorium als legitim bezeichnet, obwohl die USA strikt dagegen sind. Und während sich die USA mit derartigen Waffensystemen eher zurückhält, liefern Länder der EU gemeinsam mit Großbritannien die modernsten Panzer, Kriegsdrohnen, Langstreckenraketen und Uranium-Munition, und es ist eine europäische Koalition, die nun F-16-Kampfflugzeuge der Ukraine zur Verfügung stellen will. Sogar die EU-Kommission ist zum Waffenlieferanten abgestiegen; ironischerweise werden ihre milliardenschweren Munitionskäufe für die Ukraine über die Europäische Friedensfazilität (EFF) finanziert.

Dabei sollte doch Frieden und nicht Krieg das Hauptanliegen der EU sein. Dennoch hat die EU weder einen eigenen Friedensplan entwickelt noch eine diplomatische Friedensinitiative unternommen und lehnt selbst einen Waffenstillstand strikt ab. Die EU besteht weiterhin auf der Maximalforderung des Zelensky-Friedensplans, dass Russland erst einmal militärisch besiegt werden und das gesamte ukrainische Gebiet in den Grenzen von 1991 zurückerobert werden müsse, bevor es zu Verhandlungen kommen könne. Damit steht die EU allein in der Welt. Keine der großen Regionalorganisationen der Welt, ob nun die G20, die BRICS-Staaten, die Staaten Zentralasiens, die Shanghai Cooperation Organisation, ASEAN, Afrikanische Union, OIC oder CELAC, unterstützen eine derartige Forderung. Sogar die USA zeigen sich zunehmend skeptisch und Stimmen einflussreicher US-Politiker werden stärker, die für einen Verhandlungsfrieden mit Russland über die Zukunft der Ukraine plädieren.

Dieser von der EU eingeschlagene Weg der Konfrontation und Eskalation war in keiner Weise vorgezeichnet oder gar unumgänglich. Im Jahr 1990, also nur ein Jahr nach dem Ende des Kalten Krieges, hatten sich alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada in der **Charta von Paris für ein neues Europa** feierlich verpflichtet, ab nun ein gemeinsames friedliches Europa, das vom Pazifik bis zum Atlantik reicht – also Russland mit einschließt – aufzubauen; ein Europa, das frei von Kriegen und militärischen Blockbildungen ist. Die Sicherheit eines jeden Staates in Europa, so die Charta, solle nun untrennbar mit der aller anderen Staaten verbunden sein und auftretende Konflikte nur noch entsprechend der UN-Charta friedlich beigelegt werden. In anderen Worten, nur durch ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander sollte von nun an in Europa ein dauerhafter Frieden geschaffen werden. Für die NATO war dabei keine Rolle vorgesehen; in der Charta von Paris wurde sie nicht ein einziges Mal erwähnt.

Und doch hat die EU schon früh die Charta von Paris für ein gemeinsames friedliches Europa aufgegeben und sich für ein Europa, das von der NATO, einem Militärbündnis aus dem Kalten Krieg, beherrscht wird, entschieden. Eine solch drastische Umorientierung war nicht im Interesse Europas. Dass die EU auf Druck der USA, die dazu die Unterstützung einiger osteuropäischen Staaten mobilisiert hatte, so agierte, darf keine Ausrede sein. Die Charta bot doch gerade einem Europa, das durch zwei Weltkriege und einen Kalten Krieg gelitten hatte, eine neue friedliche gesamteuropäische Perspektive. Europa war aus der Zwangsjacke des Eisernen Vorhangs und der ständigen Gefahr eines Nuklearkrieges auf europäischem Boden befreit. Es herrschte zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein wirklicher Frieden in Europa. Es bestanden auch keine militärischen Gefahren mehr, die eine intensiv betriebene Ausweitung der NATO hätten rechtfertigen können. Russland war nach der Auflösung der Sowjetunion in ein internes Chaos verfallen und China spielte damals weder wirtschaftlich noch militärisch eine Rolle. Es war das Vorrücken der NATO an die Grenzen Russlands, das die militärische Gegenreaktion Russlands ausgelöst hatte und nicht umgekehrt.

Gerade im Hinblick auf den Ukrainekonflikt, hätten die europäischen Staaten aus ihren eignen schmerzhaften Erfahrungen heraus es besser wissen müssen. Bereits im Ersten und Zweiten Weltkrieg war die Kontrolle des Gebietes, welches heute die Ukraine ausmacht, für Russland/Sowjetunion und das Deutsche Reich von hoher strategischer Bedeutung und wurde deshalb stark umkämpft. Die nach der Sprengung des

Kachowka-Staudamms im ausgetrockneten Flussbett des Dneprs gefundenen sterblichen Überreste deutscher Wehrmachtssoldaten sind Zeugen dieser schrecklichen kriegerischen Auseinandersetzungen in diesem Gebiet einst und heute. Die EU hätte sich besser bemühen sollen, die Fehler des deutschen Kaiser- und Nazi-Reiches zu vermeiden.

Damals wie heute hatte jede Seite sich die inneren Spaltungen unter der dortigen Bevölkerung zunutze gemacht. Auch nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 zeugten die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen regelmäßig von der tiefen Spaltung des Landes in zwei etwa gleich große pro-ukrainische und pro-russische Bevölkerungsteile, eine Spaltung, die auch das Land geographisch zwischen der West- und Zentralukraine einerseits und der Ost- und Südukraine anderseits teilt. Bei den letzten gesamtukrainischen Wahlen in 2010 und 2012, an der noch die Krim und der Donbass teilnahmen, gab es sogar eine knappe Mehrheit für einen pro-russischen Präsidenten und pro-russische Parlamentsabgeordnete.

Wäre es der EU wirklich um Erhalt und Stärkung der Ukraine gegangen, hätte sie den Zusammenhalt und das Harmoniebestreben zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen unterstützen müssen. Die EU hätte die Fortsetzung des Projekts einer binationalen und föderalen Ukraine, wie es 1991 proklamiert wurde, mit aller Kraft fördern sollen. Sie hat das Gegenteil gemacht und sich auf die Seite einer von einem mono-ethnisch ukrainischen Nationalismus geprägten Politik gestellt. Bei den Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU im Jahr 2013 stellte der damalige EU-Kommissionspräsident José Barroso die Ukraine vor die Alternative, sich entweder der EU anzunähern und mit Russland zu brechen oder auf jede enge Kooperation mit der EU zu verzichten. Beides, so argumentierte er, ließe sich nicht vereinbaren. Warum eigentlich nicht? Eine Brückenfunktion zwischen Russland und Zentralasien einerseits und der EU anderseits wäre von großem politischem und wirtschaftlichem Vorteil für die Ukraine wie auch der EU gewesen. So wurde aber die spaltende Haltung der EU zum Auslöser des gewaltsamen Sturzes eines gewählten Präsidenten, was eine Entwicklung in Gang setzte, die letztlich zum Krieg führte.

Unter ständigen Beteuerungen, der Ukraine helfen zu wollen, trägt die EU nun dazu bei, dieses europäische Land zu zerstören. Die von der EU gelieferten Waffen verlängern nicht nur den Krieg, sondern führen ebenso wie russische Waffen zu Tod und Zerstörung auf ukrainischem Territorium. Heute dürften die Ukraine nicht nur das zerstörteste, sondern auch das politisch am tiefsten gespaltene Land Europas sein. Nach anderthalb Jahren Krieg ist die Ukraine, die schon vor dem Krieg das ärmste Land Europas war, noch tiefer in die Armut und Verschuldung getrieben und zugleich zum am höchsten militarisierte Land Europas geworden. Die ukrainische Wirtschaft ist am Boden und ist von Korruption geplagt. Hinzu kommt, dass die Ukraine das Land in Europa mit einer am stärksten schrumpfenden Bevölkerung ist. Die Ukraine könnte nun bis zu 20 % ihres Territoriums sowie den freien Zugang zum Asowschen und Schwarzen Meer verlieren. Wie kann unter solchen Bedingungen die Ukraine als Staat überleben?

Die EU trägt nicht nur eine Mitverantwortung an der sukzessiven Zerstörung der Ukraine. Sie verfolgt zudem auch eine geradezu selbstzerstörerische Außenpolitik, die dazu führen wird, dass die EU über viele Jahre, vielleicht sogar über Jahrzehnte hinweg den Zugang zu den wirtschaftlich attraktiven Rohstoffen und Energiequellen Russlands und Zentralasiens verliert und vom Landzugang zu den großen Wachstumsregionen Asiens abschnitten wird. Die EU amputiert sich also selbst. Um sich von einer Abhängigkeit zu befreien, scheint die EU nun in eine viel teurere und ungünstigere Abhängigkeit geraten zu sein. Das wird sich nachteilig auf den EU-Wirtschaftsstandort auswirken.

Auch mit ihrer Sanktionspolitik scheint die EU die globalen Veränderungen zu ignorieren. Der Anteil der EU an der Weltbevölkerung liegt unter 5 % und ist abnehmend. Auch der EU-Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung beträgt heute nur noch 15 %, Tendenz ebenfalls abnehmend. Der Anteil der BRICS-Staaten allein an der Weltbevölkerung liegt bei 40 % und steigt, der an der globalen Wirtschaftsleistung bei 32 % und auch dieser wächst. Und nicht nur das; im Zuge des Ukrainekrieges haben die Staaten des Globalen Südens eine erheblich selbstbewusstere Haltung eingenommen, die die Vormachtstellung des

Westens, und damit auch der EU, in Frage stellt. Das heute China, Indien, Indonesien und andere asiatische Staaten in der Ukrainefrage zusammenrücken, ist nicht, weil sie sich plötzlich lieben, sondern weil sie eine Ausweitung der NATO in Richtung Zentralasien verhindern wollen.

Unberührt von den globalen Veränderungen, schnürt die EU-Kommission gerade ihr 11. Sanktionspaket und will nun auch Drittländer und deren Unternehmen dafür bestrafen, mit Russland Handelsbeziehungen zu haben. Und als sei das nicht genug, glaubt die EU auch China ins Visier nehmen zu können. Welche Arroganz! Denn die EU hat längst die politische und wirtschaftliche Macht verloren, um solche wirtschaftlichen Drohungen auch durchsetzen zu können. Die Sanktionen werden daher vornehmlich die eigene Wirtschaft treffen.

Der nächste Präsident der USA muss nicht unbedingt Trump heißen, aber wir können davon ausgehen, dass die USA, wie bei so vielen anderen ihrer Kriege, sich spätestens nach der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr vom teuren Ukraineabenteuer verabschieden werden. Dann wird die Europäische Union die ganze Wucht ihrer fehlgeleiteten Außenpolitik treffen. Die EU wird dann Teil eines Europas sein, das erneut durch einen Eisernen Vorhang geteilt ist, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reicht und durch Sanktionen undurchlässiger sein könnte als alles, was wir noch aus den Zeiten des Kalten Krieges kennen. Die EU wird auf diesem Kontinent mit einer zerstörten Ukraine, die ein enormes langfristiges Finanzloch darstellt, und vielleicht auch mit einem destabilisierten Russland, das durch seine 6.000 Nuklearsprengköpfe eine permanente Gefahr bedeutet, zusammenleben müssen. Während die Wirtschaft der EU-Staaten von diesen Veränderungen schwer angeschlagen sein könnte, wird es die EU sein, die für die enormen Folgekosten dieses Krieges aufkommen muss. Das wird zu sozialen Problemen innerhalb von EU-Mitgliedsstaaten führen, die sich erhöht in politischer und sozialer Gewalt entladen können. Und das alles nur, weil wir unbedingt die NATO ausweiten und eine neutrale Ukraine nicht akzeptieren wollten? Ist das nicht ein zu hoher Preis – und dazu ein Preis für einen Konflikt, der auch friedlich hätte gelöst werden können?

Um eine derartige Entwicklung zu verhindern, muss die Europäische Union aus einem ureigensten Selbstinteresse heraus ihr bisheriges selbstgerechtes und moralisch überhebliches Kriegsnarrativ ablegen, sich von der Militarisierung ihrer Außenpolitik verabschieden und aufhören, in einer NATO-Erweiterung ihre Sicherheit finden zu wollen. Die Europäische Union muss zu einer Sprache des Friedens zurückfinden und einen Friedensplan für Europa entwickeln, der Russland und die Ukraine mit einschließt, und an der **Charta von Paris für ein neues Europa** anknüpft. Damit würde sie nicht nur ein weiteres Blutvergießen in Europa verhindern, der Gefahr der inneren Auflösung der europäischen Gemeinschaft vorbeugen und ihren wirtschaftlichen Niedergang vermeiden, sondern auch ihre Stellung in der Welt als europäisches Friedensprojekt, als das es nach dem Zweiten Weltkrieg einmal konzipiert war, enorm verbessern. Dazu wird sie Mut brauchen – Frieden braucht sehr viel Mut! [1]

Michael von der Schulenburg, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, studierte in Berlin, London und Paris und arbeitete über 34 Jahre lang für die Vereinten Nationen und kurz darauf für die OSZE in vielen Ländern, die sich im Krieg oder in internen bewaffneten Konflikten befanden, an denen oft instabile Regierungen und bewaffnete nichtstaatliche Akteure beteiligt waren. Dazu gehörten langfristige Einsätze in Haiti, Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak und Sierra Leone sowie kürzere Einsätze in Syrien, auf dem Balkan, in Somalia, auf dem Balkan, in der Sahelzone und in Zentralasien. Im Jahr 2017 veröffentlichte er das Buch "On Building Peace - Rescuing the Nation-State and Saving the United Nations".

[1] Der Aufsatz wurde veröffentlicht in Macroscop Nr. 23-2023 https://makroskop.eu/23-2023/wird-der-ukraine-krieg-zum-verhangnis-fur-die-eu/ Wir drucken ihn mit freundlicher Genehmigung des Verfassers ab.

„Seit Kriegsbeginn zahlt die Ukraine einen hohen Blutzoll.“ *Interview von Thomas Kaiser mit General a. D. Harald Kujat (15. Juni 2023)*

Zeitgeschehen im Fokus *In einem Gastkommentar der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ) traf der amerikanische Neocon, Eliot Cohen, folgende Aussage: «Die Ukraine muss bei ihren bevorstehenden Gegenoffensiven nicht nur Erfolge auf dem Schlachtfeld erzielen, sie muss auch weit mehr als einen geordneten Rückzug der Russen nach Waffenstillstandsverhandlungen zustande bringen. Brutal ausgedrückt: Sie muss es schaffen, dass russische Soldaten massenhaft fliehen, desertieren, Offiziere erschießen, gefangen genommen werden oder umkommen. Die russische Niederlage muss in ein unmissverständlich großes, blutiges Durcheinander münden.» Was ist von dieser Einschätzung zu halten? Ist ein solches Szenario denkbar?*

General a. D. Harald Kujat Nein, das ist bei allem Verständnis für Emotionen in einem Angriffskrieg wie diesem fern jeglicher Realität. Es wird oft darauf hingewiesen, dass Russland in seiner Geschichte sehr viele Kriege und Krisen überstanden hat. Die historische Erfahrung, oft angegriffen worden zu sein, sei nach wie vor tief im Bewusstsein der Menschen verankert. Das ist die eine Seite der Medaille. Für die andere Seite sei nur der sowjetisch-finnische Krieg und der Expansionismus der Sowjetunion und das Schicksal der baltischen Staaten genannt, die nach wenigen Jahren der Freiheit wieder unter sowjetische Herrschaft kamen. Das heutige Russland ist nicht die Sowjetunion. Allerdings ist die russische Außen- und Sicherheitspolitik noch immer von den historischen Erfahrungen geprägt. Der zweite wichtige Aspekt ist die geostrategische Lage Russlands, die entscheidend für das außen- und sicherheitspolitische Gefährdungskalkül ist. Die USA, der geopolitische Rivale, sind von zwei Weltmeeren umgeben, dem Nordatlantik und dem Pazifik. Der nördliche Nachbar, Kanada, ist ein enger Alliierter, Mexiko im Süden ein befreundeter Staat. Russland mit seiner gewaltigen Landmasse, die sich über 11 Zeitzonen erstreckt, ist von vielen Staaten umgeben, nicht nur von befreundeten, sondern von Staaten, mit denen es im Verlauf der Geschichte oft Probleme gab. Russland ist weder bereit, seine Geschichte abzustreifen, noch kann es seiner geostrategischen Lage entkommen.

Inwieweit spielt die geografische Lage in diesem Konflikt eine Rolle?

Die USA sind eine Luft- und Seemacht, mit einer geostrategisch vorteilhaften Lage, weil sie konventionell praktisch unangreifbar sind. Das russische Sicherheitsbedürfnis ist deshalb ein anderes als das der USA. Das drückt sich beispielsweise in der Nukleardoktrin Russlands aus, in der es heißt, dass Nuklearwaffen nur dann eingesetzt werden, wenn Russland selbst mit Nuklearwaffen angegriffen wird oder eine «existenzielle Bedrohung» durch einen konventionellen Krieg für das russische Volk und das Land entsteht. Dieser Terminus «existenzielle Bedrohung» ist ein Schlüsselbegriff zum Verständnis der russischen Strategie. Obwohl historische Vergleiche oft kritisch zu sehen sind, sind die geostrategischen Ursachen des Ukrainekrieges durchaus mit denen der Kubakrise vergleichbar.

Cohen sieht ein blutiges Durcheinander als Ziel der ukrainischen Offensive. Wie soll so eine Zielsetzung erreicht werden?

Das Ziel der ukrainischen Regierung ist die Rückeroberung der von Russland besetzten Gebiete einschließlich der Krim. Aktuell hören wir immer nur von militärischen Erfolgen der Ukraine und den Stärken ihrer Streitkräfte. Richtig ist, dass diese durch die Ausbildung nach Nato-Standards und durch westliche Waffenlieferungen erheblich an Kampfkraft gewonnen haben. Aber ebenso richtig ist auch, dass die Ukraine seit Kriegsbeginn einen hohen Blutzoll zahlt und die sogenannte Großoffensive – der normale Begriff «Offensive» reicht nicht aus – weitere erhebliche Verluste fordern wird. Die russischen Streitkräfte haben sich zu einer strategischen Defensive entschlossen. Russland will offenbar seine Eroberungen konsolidieren und hat zu diesem Zweck eine starke, tief gestaffelte Verteidigungsline aufgebaut. Die Zerstörung des Kachowka-Staudamms hat zu großflächigen Überschwemmungen geführt, so dass die russischen Streitkräfte ihre Verteidigungsstellungen mehr als 10 Kilometer zurückziehen mussten und hat das betroffene Gelände für mechanisierte Verbände mehrere Monate unpassierbar gemacht. Fast täglich werden Angriffe auf Munitionsdepots, Treibstofflager und Führungsstäbe in der Nähe der Front durchgeführt. Zunehmend werden auch überall im Land Flugplätze angegriffen, um die Unterstützung der Landstreitkräfte durch die wenigen verbliebenen Flugzeuge auszuschalten. Auch Depots im Hinterland, im Westen der Ukraine, in denen westliche Waffen angeliefert und von dort verteilt werden, sind wichtige Ziele. Dadurch versucht Russland anscheinend, die Offensiv- und Durchhaltefähigkeit der ukrainischen Streitkräfte so weit wie möglich zu

schwächen, um aus der Defensive zum Gegenangriff anzusetzen.

Welche Bedeutung hat die Offensive, die mehrmals verschoben wurde?

Die Offensive hat für die Ukraine eine sehr große Bedeutung. Zumindest ein Teilerfolg wäre wichtig, denn wenn sie scheitert, hat die Ukraine auf lange Zeit keine Chance, das Blatt zu wenden. In Washington weiß man, dass das Ziel, die von Russland besetzten Gebiete zurückzuerobern, unrealistisch ist. Da die Offensive monatelang gemeinsam mit dem amerikanischen Militär geplant und vorbereitet wurde, ist deshalb davon auszugehen, dass die ukrainischen Streitkräfte nur versuchen werden, bis zur Landbrücke zwischen Russland und der Krim vorzustoßen, um die Krim zu isolieren. Zugleich käme die Kertsch-Brücke, die dann noch verbliebene Verbindung mit Russland, in die Reichweite der ukrainischen Waffen. Die Krim hat als Drehscheibe für die Unterstützung und Versorgung der russischen Verbände strategische Bedeutung. Ein Erfolg der Ukraine würde zudem die weitere Unterstützung des Westens sicherstellen.

Die Ukraine hat seit dem 4. Juni mehrere Vorstöße unternommen, allerdings lediglich mit Kampfgruppen in der Größenordnung von bis zu zwei Brigaden, noch dazu mit hohen Verlusten. Nach einigen Tagen zeichnet sich ab, dass dies nicht der Auftakt zur großen Offensive durch die Zusammenfassung der insgesamt von Nato-Streitkräften ausgebildeten und mit westlichen Waffen ausgerüsteten etwa 12 Brigaden – ungefähr 50.000 Soldaten – ist, sondern der strategische Zweck durch kleinere, regional und kräftemäßig begrenzte Vorstöße mit einer einheitlichen Zielsetzung erreicht werden soll. Das wird inzwischen auch von der russischen Führung so gesehen, wurde von der Ukraine jedoch bisher nicht bestätigt. Sollte den ukrainischen Streitkräften ein Einbruch oder ein Durchbruch durch die tief gestaffelten russischen Verteidigungslinien gelingen, ist es fraglich, ob sie in der Lage wären, genügend gut ausgebildete und ausgerüstete Kräfte nachzuführen, um einen Anfangserfolg auszubauen und erobertes Gelände zu halten. Falls ihre Offensive dadurch ins Stocken geraten sollte, wäre es schwierig, einen russischen Gegenangriff abzuwehren.

Was hätte das für Folgen?

Das hängt davon ab, wie weit die russischen Streitkräfte vorstoßen können. Die ukrainische Regierung müsste sich entscheiden. Entweder verlangt sie einen Waffenstillstand und strebt einen Verhandlungsfrieden an, oder sie fordert Unterstützung durch westliche Streitkräfte. Die Entscheidung, ob und wie der Krieg fortgesetzt wird, müsste dann der Westen treffen. Jedenfalls würde damit eine Lage entstehen, die einen Waffenstillstand ermöglicht, denn nach meinem Eindruck erreichen beide Seiten einen Grad der Erschöpfung, der größere militärische Fortschritte unmöglich macht.

Wenn man durchdenkt, was Sie jetzt ausgeführt und realistisch nachvollziehbar dargelegt haben, gibt es nur eine Lösung: Waffenstillstand und Verhandlungen über alle strittigen Punkte.

Das Problem besteht darin, dass eine ganzheitliche Strategie des Westens zur Beendigung des Krieges bisher nicht erkennbar ist. Die westliche Politik besteht lediglich aus der finanziellen, materiellen und militärischen Unterstützung der Ukraine, damit diese den Krieg fortsetzen kann. Es geht nicht um das Ganze, um eine Gesamtstrategie, in der alle relevanten Aspekte im Sinne einer politischen Synergie zusammenwirken. Das heißt, dass neben der Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung immer auch bedacht wird, dass der Krieg politische Ursachen hat und zu einem politischen Ergebnis führen wird. Eine politische Lösung, die der Ukraine Sicherheit und Stabilität in einer europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur gewährleistet und einen weiteren Krieg verhindert, kann nur durch Verhandlungen mit Russland erzielt werden.

Nehmen wir einmal an, es gäbe einen Waffenstillstand und man verhandelte über eine Lösung im obengenannten Sinne. Wie verlässlich sind denn die westeuropäischen Staaten für Russland, nachdem Merkel öffentlich bekannt hat, dass sie nie die Umsetzung des Minsker Abkommens, das nach dem Beschluss des Uno-Sicherheitsrats völkerrechtlich bindend ist, ins Auge gefasst habe, sondern nur Zeit gewinnen wollte, um die Ukraine aufzurüsten? Wie können so Verhandlungen noch zielführend sein?

Als der französische Präsident Macron im Dezember Sicherheitsgarantien für Russland forderte, wurde er in Deutschland heftig kritisiert. Offenbar bezog er sich auf ein Kernproblem dieses Krieges, auf seine Ursachen, nämlich auf Russlands Verlangen, dass die Ukraine weder Mitglied der Nato wird noch amerikanische oder Nato-Truppen in der Ukraine stationiert werden. Außerdem müssten der russischsprachigen Bevölkerung des Donbas Minderheitenrechte zugestanden werden, wie es im Minsk II-Abkommen vereinbart war. Merkel, Hollande und Poroschenko hatten öffentlich bestätigt, dass sie wie Selenskij nicht die Absicht hatten, das Abkommen zu realisieren, sondern Zeit für die Aufrüstung der Ukraine gewinnen wollten. Macron fordert auch Sicherheitsga-

rantien für die Ukraine, die über das hinausgehen, was im Budapester Abkommen von 1994 vereinbart wurde. Sie sollen in ihrer Verbindlichkeit etwa zwischen einer Nato-Mitgliedschaft und dem «Modell Israel» liegen. Damit will er anscheinend eine Alternative zur Absicht einiger Nato-Staaten auf die Tagesordnung des Nato-Gipfels am 11./12. Juli in Litauen setzen, die eine feste Zusage für die Aufnahme der Ukraine in die Allianz fordern. Gegenwärtig wird in der US-Administration das Einfrieren des Krieges in der Form einer Korea-Lösung diskutiert. Die Ukraine würde entlang der aktuellen Frontlinie geteilt werden. In Südkorea sind 40.000 amerikanische Soldaten stationiert. Das ist genau das, was Russland verhindern will. Die Ukraine müsste nicht nur auf die Krim, sondern auch auf die vier von Russland annektierten Gebiete verzichten; wie in Korea für mehr als siebzig Jahre oder möglicherweise für immer. Diese Lösung scheint mir weder für die Ukraine noch für Russland akzeptabel. Was Ende März 2022 zwischen Russland und der Ukraine vereinbart wurde, war dagegen allem Anschein nach für beide Seiten akzeptabel, weil die beiderseitigen Sicherheitsinteressen berücksichtigt wurden. Die russischen Streitkräfte würden sich auf den Stand vor Beginn des Krieges zurückziehen. Die Ukraine würde weder Nato-Mitglied werden noch die Stationierung amerikanischer oder anderer Nato-Truppen erlauben. Garantiemächte sollten die Einhaltung des Abkommens sichern. Schließlich sollte die Zukunft des Donbas innerhalb von 15 Jahren friedlich und unter Verzicht auf militärische Mittel einvernehmlich gelöst werden. Das war die Quintessenz dieser Vereinbarung. Die Ukraine zog sich auf Druck des Westens aus den Verhandlungen zurück. Danach haben beide Seiten durch Vorbedingungen Hürden aufgebaut, die die Aufnahme von Verhandlungen verhindern.

Gibt es keine Variante, die eine Gesprächsbasis bieten könnte?

Doch, in diesem Zusammenhang ist das chinesische Positionspapier interessant. Zum einen, weil es sich auf die beiden Resolutionen der Uno bezieht, in denen Friedensverhandlungen gefordert werden. Zum anderen schlägt es die «Wiederaufnahme» der Verhandlungen vor, was sich offenbar auf den Ende März letzten Jahres erreichten Verhandlungsstand bezieht. Damit würden alle Vorbedingungen beiseitegeschoben. In den Verhandlungen könnten sie natürlich wieder auf den Tisch kommen, aber sie würden die Aufnahme der Verhandlungen nicht verhindern.

Dieser Vorschlag wurde vom Westen als russische Propaganda abgetan.

Ja, er wurde sofort reflexartig vom Westen abgelehnt, aber in der Zwischenzeit passiert im Hintergrund etwas. Die Chinesen haben einen Sonderbeauftragten bestimmt, der bereits nach Moskau und nach Kiew gereist ist, um die Verhandlungsbereitschaft auszuloten. Und nach dem Besuch des französischen Präsidenten in Peking gibt es offensichtlich eine bilaterale Zusammenarbeit an einem konkreten Verhandlungsplan.

Ist das ein kleiner Hoffnungsschimmer neben dem ständigen Säbelrasseln?

Das hängt auch vom Verlauf des Krieges und insbesondere der ukrainischen Offensive ab. Hinzu kommt, dass sich in den USA ein größerer Realismus hinsichtlich dessen durchzusetzen scheint, was die Ukraine militärisch zu erreichen vermag, sowie in Bezug auf die amerikanische Absicht, Russland als geostrategischen Rivalen zu schwächen. Zumal der aus den BRICS-Staaten gebildete Block immer stärker wird und die geopolitische Vormachtstellung der USA gefährdet. Der Ukrainekrieg hat die größten Risiken für Europa geschaffen. Für die USA entstehen dagegen immer größere Herausforderungen als Folge des Aufstiegs Chinas zur führenden Weltmacht. Der amerikanische außen- und sicherheitspolitische Fokus verlagert sich daher schneller und konsequenter nach Asien als bisher erwartet wurde.

Sie haben vorhin erwähnt, dass im Westen eine Gesamtschau der Situation fehlt und das Ganze mit einem sehr begrenzten Horizont betrachtet wird. Warum fehlt das auf westlicher Seite?

Ich würde von der deutschen Politik zumindest erwarten, dass sie sich von den eigenen nationalen Interessen leiten lässt und dies sowohl in ihrer Informationspolitik als auch in ihrem Handeln erkennbar ist. Ich halte beispielsweise das Fehlen einer deutschen Strategie für Waffenlieferungen, die auf einer rationalen militärischen Zweck-Mittel-Relation basiert und realistische Ziele im Einklang mit unseren nationalen Sicherheitsinteressen definiert, für einen gefährlichen Blindflug. Im Zusammenhang mit dem starken Engagement anderer europäischer Staaten und der Europäischen Union wird dadurch das Risiko einer Europäisierung des Krieges zu einer realen Gefahr. Eine rationale Gesamtstrategie müsste Antworten auf folgende Fragen geben: Welche militärischen und politischen Ziele der ukrainischen Regierung ist die Bundesregierung gewillt zu unterstützen? Erfolgt diese Unterstützung nur, soweit diese Ziele mit den deutschen Sicherheitsinteressen vereinbar sind? In welchem Ausmaß ist die Bundesregierung bereit, durch Sanktionen verursachte langfristige und mög-

licherweise irreversible Schäden der deutschen Wirtschaft zu akzeptieren?

Kommen wir noch einmal zur ukrainischen Offensive zurück. Wie soll denn die Offensive aussehen?

Die Ukraine könnte einen militärischen Erfolg nur dann erreichen, wenn sie in der Lage wäre, Russland zwei wichtige strategische Vorteile zu nehmen. Der eine ist die strategische Fähigkeit Russlands, über eine Entfernung von zwei- bis dreitausend Kilometern wichtige ukrainische Ziele mit Drohnen, Marschflugkörpern und vor allem Hyperschallwaffen anzugreifen. Die Ukraine verfügt über moderne westliche Luftverteidigungssysteme, mit denen sie diese Waffen im Endanflug zum Teil erfolgreich bekämpfen kann. Sie erleidet dabei jedoch auch erhebliche Verluste. Vor allem ist sie nicht in der Lage, die Abschussanlagen der russischen Flugkörper auszuschalten, um derartige Angriffe zu unterbinden. Deshalb verlangt die Ukraine schon seit längerer Zeit weitreichende Raketen, was die USA allerdings bisher abgelehnt haben. Die US-Regierung will offenkundig eine direkte Konfrontation mit Russland vermeiden. Einige europäische Staaten haben sich nun entschlossen, der Ukraine F-16-Kampfflugzeuge zu liefern. Die USA haben ihr Einverständnis gegeben, werden aus wohlverstandenen nationalen Interessen aber keine eigenen Flugzeuge liefern. Präsident Biden hat in diesem Zusammenhang erwähnt, die Ukraine habe fest zugesagt, die Kampfflugzeuge nicht zum Angriff auf russisches Kernland einzusetzen. Ob sich die Ukraine daran halten wird, ist eine andere Frage. Wie bisher hat die Zusage sofort eine neue Forderung ausgelöst: Deutschland soll Eurofighter liefern. Bisher hat sich die Bundesregierung dazu nicht geäußert. Dagegen haben ein paar deutsche Politiker die Eskalationsschraube gleich ein großes Stück weitergedreht. Unbedingt sollen auch Taurus Luft-Boden-Abstandswaffen zur Verfügung gestellt werden. Mit einer Reichweite von über 500 Kilometern ist Taurus geeignet, strategische Ziele in der Tiefe Russlands anzugreifen. Das wäre wohl der Punkt, der aus russischer Sicht eine existenzielle Bedrohung darstellt.

Was bedeutet die Lieferung der F-16-Kampfflugzeuge für den Kriegsverlauf? Und wann wird die Ukraine über die Flugzeuge verfügen?

Bislang galt jedes neue Waffensystem, das die Ukraine bekam, als «Gamechanger». Im Falle der F-16 ist der ukrainische Präsident sogar überzeugt, dass die Ukraine damit schon bald einen Sieg erringen wird. Bisher ist noch nicht klar, wie viel und von wem die F-16 geliefert werden und um welche Version mit welcher Bewaffnung es sich handelt. Es ist auch nicht bekannt, wie die Ukraine die Flugzeuge einsetzen wird – zur Unterstützung der Landstreitkräfte, im Verbund mit den bodengestützten Luftverteidigungssystemen oder zur Ausschaltung russischer Waffensysteme tief in Russland. Da die F-16 über keine Tarnkappentechnologie verfügt, sind die Flugzeuge gegenüber der effektiven russischen Luftverteidigung sehr verwundbar. Hinzu kommt, dass die Ausbildung der Flugzeugführer eine erhebliche Zeit dauert, insbesondere im Hinblick auf die Fähigkeit zum Kampfeinsatz in den verschiedenen Varianten. Auch die Ausbildung des Wartungs- und Instandsetzungspersonals und der Aufbau der Boden- und Logistikorganisation dauert viele Monate, wenn nicht Jahre. Selbst wenn alles reibungslos und in der kürzest möglichen Zeit ablaufen sollte: Ein «Gamechanger» in dem Sinne, dass die F-16 die strategische Lage grundlegend ändert, ist das Flugzeug ebenso wenig wie die bisher gelieferten westlichen Geschütze oder Panzer. Kommen wir noch einmal auf den zweiten strategischen Vorteil Russlands zu sprechen. Ich sagte schon, dass die Halbinsel Krim die Drehscheibe für die gesamte Unterstützung der russischen Streitkräfte ist, die in der Ukraine im Einsatz sind. Deshalb hat die Ukraine versucht, die Verbindung mit Russland durch die Sprengung der Kertsch-Brücke zu unterbrechen. Russland hat darauf mit wochenlangen massiven Schlägen gegen die ukrainische Versorgungsinfrastruktur reagiert. Das zeigt, welchen Stellenwert die Verbindung zur Krim für Russland hat. Deshalb werden die russischen Streitkräfte alles daransetzen, einen erfolgreichen Durchbruch bis zur Landenge zu verhindern. Angesichts der kritischen Lage der ukrainischen Streitkräfte könnte es eine große Herausforderung werden, während der Offensive genügend kampferfahrene Truppen nachzuführen und die Versorgung mit Munition, Treibstoff und Verpflegung sicherzustellen. Sollte dies nicht gelingen, werden die russischen Streitkräfte die Initiative übernehmen, und in einer derartigen Lage wäre es äußerst schwierig, einen russischen Gegenangriff abzuwehren.

Die Russen setzen sich in ihren Verteidigungslinien fest und sie wollten von Anfang an Friedensverhandlungen. Daran kann man doch ablesen, dass es Russland nie um eine Eroberung der Ukraine gegangen ist. Oder wie sehen Sie das?

Am 17. Dezember 2021 hat Russland Vertragsentwürfe als Grundlage für Verhandlungen an die USA und die Nato übermittelt, die die Kernforderungen Russlands enthielten. Es gab zwar Gespräche, aber keine wirklichen Verhandlungen. Über den Verzicht auf eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine, dem harten Kern der russischen Position, wurde nicht einmal gesprochen. Es würde zu weit führen, hier die gesamte

Entwicklung vor dem Beginn des russischen Angriffskrieges darzustellen. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass der russische Angriff zwar eine grundsätzliche Option, aber nicht von langer Hand geplant war, sondern die Entscheidung erst sehr spät fiel. Russland ist es nicht gelungen, durch eine militärische Drohkulisse an der ukrainischen Grenze substanzielle Verhandlungen zu erzwingen. Es gibt auch gute Gründe anzunehmen, dass Russland nicht geplant hatte, die gesamte Ukraine zu erobern. Denn der dann erfolgte Angriff wurde zunächst mit einem sehr geringen Kräfteansatz begonnen. Ziel war die ukrainische Hauptstadt, offenbar um die damalige Regierung durch eine russlandfreundliche zu ersetzen. Darauf deutet auch die Absicht der USA hin, Präsident Selenskij bereits in den ersten Kriegstagen auszufliegen. Der Versuch, die Ukraine insgesamt zu erobern, hätte ein Vielfaches an Angriffsformationen bedeutet, ebenso eine sehr große Besatzungstruppe und erhebliche finanzielle Aufwendungen, um diese zu unterhalten. Ein entscheidender Punkt ist, dass sich russische und Nato-Streitkräfte auf einer langen Front direkt gegenübergestanden hätten. Das Risiko, dass ein menschlicher Fehler oder ein technisches Versagen in einer solchen Lage zu einem großen Krieg führen könnte, wollte Russland sicherlich nicht eingehen. Ebenso wenig wie einen jahrelangen – möglicherweise vom Westen massiv unterstützten – Guerillakrieg in diesem großen Land. Als der handstreichartige Versuch scheiterte, Kiew einzunehmen, entschied sich die russische Führung dazu, die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk zu besetzen und sie aus dem ukrainischen Staatsverband herauszulösen. Das scheint auch von Anfang an das eigentliche Ziel des russischen Angriffs gewesen zu sein. Denn bereits kurz vor Kriegsbeginn hatten die «Volksrepubliken» ihre Unabhängigkeit erklärt und Russland um Beistand gebeten, was Russland ermöglichte, sich bei seinem Angriff auf Art. 51 der UNO-Charta zu berufen.

Kann man sagen, alle Indizien sprächen dafür, dass Russland keine vollständige Eroberung der Ukraine beabsichtigt und versucht hat, eine Verhandlungslösung zu finden?

Jedenfalls kann man sagen, dass die Möglichkeiten, den Krieg durch Verhandlungen zu verhindern, nicht ausgeschöpft wurden. Den Beweis dafür, dass dies möglich gewesen wäre, liefert das zwischen der Ukraine und Russland weitgehend ausgehandelte Abkommen von Ende März 2022. Ich bin nicht sicher, ob die damaligen positiven Ergebnisse für die Ukraine nach diesem verlustreichen und zerstörerischen Krieg in künftigen Verhandlungen noch erreichbar sind.

Abschließend möchte ich Sie fragen, was Sie davon halten, dass, wie die Ukraine und einige Mitgliedstaaten fordern, vom Nato-Gipfel am 11./12. Juli in Vilnius ein starkes Signal für einen Nato-Beitritt der Ukraine gesendet wird.

Es mehren sich die Stimmen, die sagen, man solle der Forderung nachgeben und der Ukraine eine feste Zusage für einen Beitritt zur Allianz geben. Angesichts der zunehmend kritischen Lage der Ukraine wird verschiedentlich sogar gefordert, die Ukraine noch während des Krieges in die Nato aufzunehmen, um einen Sieg Russlands zu verhindern, was de facto den Kriegseintritt der Nato gegen Russland bedeutet. Andere erwarten vom Nato-Gipfel einen «Beitrittsfahrplan», der die Sicherheit und territoriale Integrität der Ukraine bis zu ihrem Nato-Beitritt schützt. Der Zweck der Allianz ist es nicht, die Sicherheit und Verteidigung eines Nicht-Nato-Staates zu übernehmen, indem dieser zur Mitgliedschaft eingeladen wird, beziehungsweise sich dazu bereits im Vorfeld einer Mitgliedschaft zu verpflichten. Die Allianz ist ein Bündnis gegenseitiger kollektiver Sicherheit. Deshalb kann nur ein Land, das zur Sicherheit der anderen Mitgliedstaaten ebenso beiträgt wie diese zu der des Beitrittskandidaten, Mitglied werden. Bundeskanzler Scholz hat kürzlich dazu gesagt: «Allen ist klar, dass das in absehbarer Zeit nicht ansteht. Auch weil zu den Kriterien der Nato eine ganze Reihe von Bedingungen gehören, die die Ukraine aktuell gar nicht erfüllen kann.» Damit bezieht er sich anscheinend auf die innerstaatlichen Verhältnisse. Zu berücksichtigen sind aber auch die außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und die sich aus einer Mitgliedschaft in der Allianz ergebenden strategischen Konsequenzen für die heutigen Mitgliedstaaten und die europäische Sicherheitsarchitektur als Ganzes. Hinzu kommt, dass es, wie der Nato-Generalsekretär mitteilte, in der Allianz keinen Konsens für eine Aufnahme gibt. Denn grundsätzlich kann ein europäischer Staat nur dann Mitglied der Allianz werden, wenn er durch einen einstimmigen Beschluss dazu eingeladen wird. Vorausgesetzt, er ist in der Lage, zur Sicherheit aller Mitgliedstaaten im Vertragsgebiet beizutragen und die Grundsätze des Nordatlantikvertrages zu fördern. Dazu gehören insbesondere eine funktionierende Demokratie sowie die Freiheit der Person und die Herrschaft des Rechts zu gewährleisten. Russland wird das Ziel nicht aufgeben, strategische Vorteile des geopolitischen Rivalen USA durch eine Allianz-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern. Dieser geostrategische Antagonismus kann durch den Ukrainekrieg nicht aufgehoben werden. Er kann nur durch eine europäische Friedens- und Sicherheitsordnung gelöst werden, in der die Ukraine und Russland ihren Platz haben und

die Rivalität der großen Mächte USA und Russland die Selbstbehauptung Europas nicht gefährdet.

Herr General Kujat, vielen Dank für das Gespräch.

General a. D. Harald Kujat, geboren am 1. März 1942, war unter anderem Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des Nato-Militärausschusses höchster Militär der Nato. Zugleich arbeitete er als Vorsitzender des Nato-Russland-Rates sowie des Euro-Atlantischen-Partnerschaftsrates der Generalstabschefs. Für seine Verdienste wurde Harald Kujat mit einer großen Zahl von Auszeichnungen geehrt, darunter mit dem Kommandeurskreuz der Ehrenlegion der Republik Frankreich, dem Kommandeurskreuz des Verdienstordens Lettlands, Estlands und Polens, der Legion of Merit der Vereinigten Staaten, dem Großen Band des Leopoldordens des Königreichs Belgien, dem Großen Bundesverdienstkreuz sowie mit weiteren hohen Auszeichnungen, unter anderem aus Malta, Ungarn und der Nato.

Wir drucken das Interview ab mit freundlicher Genehmigung der Redaktion von Zeitgeschehen im Fokus, Schweizer Zeitung für mehr soziale Verbundenheit, Frieden und direkte Demokratie.

https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/ueber-uns.html

Keine Streumunition für Ukraine! Bundesregierung muss sich gegen Lieferung und Einsatz aussprechen! *Pressemitteilung der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel (11. Juli 2023)*

„Die Pläne der USA, international geächtete Streumunition an die Ukraine zu liefern, sowie der beabsichtigte Einsatz durch die ukrainische Armee müssen von der Bundesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Die USA und die Ukraine sowie Russland sind dem Übereinkommen über Streumunition (CCM) zwar nicht beigetreten, aber das humanitäre Völkerrecht verbietet Waffen, die unterschiedslos Kämpfer als auch Zivilist:innen treffen. Außerdem werden die Blindgänger praktisch zu Landminen, die noch Jahre und Jahrzehnte später zu Verstümmelungen oder dem Tod vollkommen Unbeteiligter führen können. Da Deutschland jedoch Vertragsstaat ist, müssen künftige Waffenlieferungen im Rahmen von Artikel 51 der UN-Charta für die Ukraine daraufhin überprüft werden, ob mit diesen die dann gelieferte Streumunition eingesetzt werden kann. Denn Deutschland darf als Unterzeichner der sogenannten „Oslo-Konvention" den Einsatz von Streumunition nicht unterstützen. Dazu zählt auch die Lieferung von geeigneten Abschussvorrichtungen oder Trägersystemen, wie z. B. Panzerhaubitzen", sagt Susanne Weipert, Koordinatorin „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!".

„Es muss sogar bezweifelt werden, dass die Ukraine diese Munition ausschließlich gegen russische Truppen und in nicht bewohnten Gebieten einsetzt. Denn laut einem UN-Bericht haben sowohl die Ukraine als auch Russland im vergangenen Jahr Streumunition in von Zivilist:innen bewohnten Gebieten eingesetzt. Das humanitäre Völkerrecht gilt auch für die Ukraine. Verbrechen Russlands entbinden die Ukraine nicht von ihren internationalen Verpflichtungen", so Jürgen Grässlin, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" und Bundessprecher der DFG-VK und ergänzt: „Dieser Krieg zeigt einmal mehr, dass es keine guten oder gerechten Kriege gibt, denn die Leidtragenden sind immer unschuldige Zivilist:innen sowie Soldaten, denen das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verwehrt wird – wohlgemerkt auf beiden Seiten. Die Bundesregierung muss sich dafür starkmachen, dass sowohl Russland als auch die Ukraine und die USA dem Übereinkommen über Streumunition (CCM) beitreten."

„Es ist ein Skandal, dass sich Bundespräsident Steinmeier als ‚befangen' erklärt bei der Frage nach der beabsichtigten Lieferung von Streumunition durch die USA. Die Tatsache, dass er damals für die Bundesrepublik Deutschland das Übereinkommen über Streumunition unterzeichnet hat, sollte ihn gerade dazu veranlassen, sich mit Vehemenz für die Durchsetzung der daraus resultierenden Norm einzusetzen", erklärt Vincenzo Petracca, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" und Vorstandsmitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und führt weiter aus: „Außenministerin Baerbock ist in ihrer ablehnenden Position zu der geplanten Lieferung nur zu unterstützen. Sogar Großbritannien und Spanien haben sich dagegen ausgesprochen. Und auch Kambodscha, das bis heute unter dem Einsatz von Streumunition in den 70er Jahren leidet, warnt die Ukraine vor dieser Waffe. Die Bundesregierung muss alles in ihrer Macht Ste-

hende tun und den Einsatz dieser Munition verhindern, der v.a. für Zivilist:innen auch nach Jahren noch eine tödliche Gefahr darstellt."

Kontakt für die Medien

Susanne Weipert, Koordinatorin der Kampagne; M: 0176-45827610; s.weipert@paxchristi.de

Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne und Bundessprecher der DFG-VK; M: 0170-6113759; graesslin@dfg-vk.de

Vincenzo Petracca, Sprecher der Kampagne und Vorstandsmitglied der AGDF; v@petracca.de

Israel und Apartheid: Kritik einer eindeutigen Verunklarung. Eine Replik *von Manfred Jeub*

Ich glaubte meinen Augen nicht zu trauen, als ich im Journal ANKLAGEN der Tübinger Amnesty International-Gruppe einen Gastbeitrag von Dr. Hans-Ulrich Probst, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Praktische Theologie in Tübingen und Mitglied der Evangelischen Landessynode Württemberg, mit dem Titel „Israel und Apartheid: Kritik der Vereindeutigung des Israel-Palästina-Konflikts" las, der AI wegen der Studie „Israel's Apartheid against Palestinians" des Antisemitismus bezichtigte. Hier nachzulesen: https://amnesty-tuebingen.de/wp-content/uploads/69/Anklagen01_23.pdf Ich schrieb der Redaktion, dass ich nicht verstehe, wie sie ungerechtfertigte Beschuldigungen von Amnesty auch noch selbst verbreiten kann, und bot eine Replik an. Im nächsten Heft erschien sie.

Gastbeitrag von Manfred Jeub, Schuldekan i.R., Mitglied des Leitungskreises von Forum Friedensethik in der evangelischen Landeskirche in Baden (FFE) und seit über 40 Jahren AI-Mitglied

> *„Wenn du dich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhältst, hast du dich schon auf die Seite des Unterdrückers gestellt."*
> Desmond Tutu

Für die Möglichkeit, hier das Wort zu ergreifen, möchte ich mich bei der Redaktion herzlich bedanken. Ich hatte ihr nach Lektüre des Artikels von Dr. Hans-Ulrich Probst „*Israel und Apartheid: Kritik der Vereindeutigung des Israel-Palästina-Konflikts*" in der vorigen Ausgabe mitgeteilt, dass ich sowohl als Amnesty-Mitglied wie auch als evangelischer Theologe diesem Beitrag nur dezidiert widersprechen kann. Das möchte ich im Folgenden tun.

Ich beginne mit einem Punkt, wo ich mit Herrn Dr. Probst noch einig bin, dass er relevant ist, nämlich seiner Aufforderung zur Reflexion der eigenen Biographie. Nun, ich könnte sein Vater sein, geb. 1951, zwei Söhne, eine Enkelin. Wäre ich wie das Jesuskind ‚zu Bethlehem geboren', dann hätte ich seit dem sechzehnten Lebensjahr, dann hätten meine Kinder und auch die Enkelgeneration bis auf den heutigen Tag in Unfreiheit und Unterdrückung leben müssen. Doch ich bin in Deutschland geboren und gehöre der Generation an, die sich in ihrer Jugend aufgelehnt hat gegen die Verleugnung der Nazi-Vergangenheit in der Elterngeneration. Ich habe Alt-Nazis als Lehrer erlebt. Und ich habe einen bereits strafversetzten Geschichtslehrer erlebt, der uns den Film „Nacht und Nebel" von Alain Resnais, Text Paul Celan, zeigte. Später, als ich selbst Lehrer war, habe ich ihn meinen Klassen gezeigt. Das Thema des kirchlichen Versagens in der Nazi-Zeit hatte in meiner ganzen Berufslaufbahn bis hin zu Lehrplanarbeit und Lehrerausbildung höchsten Stellenwert. Dem „Ja, aber andererseits auch …" bin ich in jungen Jahren laufend begegnet. Wir haben solche Ausreden nicht akzeptiert. Unsere damalige Einsicht ist für mich unverhandelbar: **Weil sie in Deutschland in unfassbarer Weise verletzt wurde, sind wir der einen unteilbaren Menschenwürde unbedingt verpflichtet und haben für die universell gültigen Menschenrechte einzutreten, wo immer gegen sie verstoßen wird.** So bin ich noch zur Studentenzeit Amnesty International beigetreten. Ich habe selbst den Kriegsdienst verweigert und später als kirchlicher Verfahrensbeistand Kriegsdienstverweigerer vertreten, denn: Gibt es eine größere Menschenrechtsverletzung als den Krieg? Das Engagement in der Friedensbewegung hat mich auch für die Geschehnisse in Israel – Palästina sensibilisiert. Aus dieser Perspektive ist mir früh der nicht einmal mit einem sog. Kriegsrecht vereinbare unverhältnismäßige Gewalteinsatz des Staates Israel aufgefallen sowie seine Strategie der Liquidierung palästinensischer Politiker. 2004 tötete ein israelisches Kommando den blinden Rollstuhlfahrer Scheich Jassin, Mitgründer der Hamas-Bewegung, beim Verlassen einer Moschee mit drei Raketen aus einem Hubschrauber; 9 weitere Tote und 15 Verletzte waren der „Kollateralschaden". Als eine kirchenoffizielle Erklärung dafür den smarten Begriff „gezielte Tötung" verwendete, schrieb ich einen Brief. Ich teile das weltweite Entsetzen über die seit 2008 immer wiederkehrenden israelischen Bombardierungen des dichtbesiedelten und abgeriegelten Gaza-Streifens

mit ihren zahllosen zivilen Toten und Verletzten. Ihre Rechtfertigung als „legitime Selbstverteidigung“ durch deutsche Regierungen empfinde ich als Schande ebenso wie die deutsche Beihilfe dazu, eine Untersuchung von Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof zu verhindern.

Aus dieser Perspektive nun meine Replik auf die Argumentation von Herrn Dr. Probst. Gleich zu Anfang heißt es, AI habe die „Kampfvokabel Apartheid“ in die öffentliche Debatte gebracht, „Wogen schlugen hoch“, „israelbezogener Antisemitismus“, „Entfremdung“, gar „Selbstzerstörung von AI“. Mir stellt es sich anders dar. Den Vorwurf der „Apartheid“ erhoben seriöse Beobachter schon lange, bevor Amnesty ihn mit seiner minutiösen Untersuchung bestätigte. Dass Amnesty in einer zunehmend polarisierten Welt Applaus bekommt, wenn es Menschenrechtsverstöße der Gegenseite aufdeckt, aber Schelte bis hin zum Bashing, wenn es die eigene Seite betrifft, ist nichts Neues, Russland – Ukraine als jüngstes Beispiel. Eine Menschenrechtsorganisation, die in ihrer Unabhängigkeit ernst genommen werden will, schädigt das nicht, sondern es ehrt sie. **Der AI-Israel-Report trifft, anders als in anderen Ländern, in Deutschland allerdings auf einen vergifteten Diskurs, in dem Kritik am Agieren Israels planmäßig als antisemitisch skandalisiert wird.** Nach meiner Wahrnehmung sind nicht einfach „die Wogen hochgegangen“, sondern sie wurden wieder einmal von einer gut geölten Windmaschine hochgepeitscht.

Schließlich – und damit kommen wir ins Zentrum des Sachthemas – stellt der Amnesty-Bericht in aller Eindeutigkeit klar, dass er Apartheid nicht – wie im Teaser (S. 6) unterstellt – als „Kampfvokabel“ benutzt: Seitenweise legt er die Bedeutung des juristischen Begriffs dar, an dem er sich orientiert. Es geht um Bestimmungen des internationalen Rechts, um den Tatbestand „Verbrechen der Apartheid“, wie er zunächst in der Rassendiskriminierungskonvention von 1965 erwähnt und später insbesondere in der Anti-Apartheidkonvention von 1974 und in Artikel 7 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) von 1998 definiert wird. Deutschland ist beigetreten. Die Definition umfasst im Wesentlichen drei Punkte:

- die Absicht einer rassischen Gruppe, eine (oder mehrere) andere dauerhaft zu dominieren;
- eine systematische Unterdrückung;
- schwerwiegende Verstöße in Form unmenschlicher Behandlung.

Dabei geht es nach gängiger Lehrmeinung der Völkerrechtler nicht um Rasse oder Rassismus im engeren Sinne. Rassische Diskriminierung ist vielmehr im Licht der Konvention gegen Rassendiskriminierung zu verstehen: als Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Abstammung, nationaler oder ethnischer Identität bzw. Zuschreibung. Die Zustände in Südafrika sind der Anlass für die internationale Gesetzgebung gewesen und haben diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit den Namen gegeben, keinesfalls wird damit aber eine „Analogie zum Apartheidregime in Südafrika“ (Probst, S. 9, Sp. 3) aufgemacht. Probst weiß das alles und konzediert es auch selbst (S. 9, Sp. 2). Trotzdem redet er gleich anschließend doch wieder eine „direkte Nähe zum rassistischen Apartheidsystem in Südafrika“ (ebd.) herbei. So fühlt man Absicht und man ist verstimmt. Die Strategie ist durchsichtig: Wenn behauptet wird, Israel ist wie Südafrika, dann bedeutet das, es muss boykottiert werden wie Südafrika – und schon ist die Brücke geschlagen zum Kastenteufel des deutschen Israel-Palästina-Diskurses: BDS! Diese Konstruktion rahmt Probsts Artikel von der ersten (S. 6, Sp. 2) bis zur letzten Seite (S. 9, Sp. 3). **In dem Bericht von Amnesty International wird aber nirgendwo behauptet, dass Israel wie Südafrika sei. Ebenso wenig gibt es in dem Bericht einen Aufruf zum Boykott Israels. Ebenso wenig existiert zwischen AI und BDS irgendeine Verbindung.** Es handelt sich um ein reines Konstrukt, das auf insinuierten Falschbehauptungen beruht. Ich hätte mir von Dr. Hans-Ulrich Probst bei aller Parteilichkeit denn doch etwas mehr intellektuelle Redlichkeit gewünscht.

Eigentlich sind Methode, Sinn und Zweck der Amnesty-Studie kaum misszuverstehen. AI hat, in Übereinstimmung mit anderen NGOs und UN-Organen, jahrzehntelang die Menschenrechtsverletzungen durch den Staat Israel en Detail dokumentiert und jetzt den Schritt getan, sie auf ihren systemischen Charakter hin zu untersuchen. Dieses Merkmal gehört nämlich zum o.g. Straftatbestand der Apartheid. Weil Intentionen, selbst wenn sie neuerdings unverhohlen ausgesprochen werden, auf lange Sicht schwer nachweisbar sind, widmet sich die Studie so ausführlich den vielen gesetzlichen Bestimmungen und Maßnahmen des Staates Israel seit seiner Gründung. Amnestys von internationalen Mitarbeitern erstellte und von vielen, gerade auch juristischen, Fachleuten begleitete Untersuchung hat ein klar bestimmtes und begrenztes Thema: **Haben Israels (unstrittige) Völker- und Menschenrechtsverletzungen die Qualität eines Verbrechens der Apartheid?**

Es ist mindestens ein Missverständnis, wenn Probst der Studie Geschichtsschreibungsqualitäten abverlangt, die „die Komplexität der unterschiedlichen Konfliktlagen in der Region beschreiben“ (S. 7, Sp. 3), oder ihr eine „vereinfachende Geschichtsdeutung des gesamten Konflikts“ unterstellt (S. 7, Sp. 2). Es

charakterisiert die Unsachlichkeit und ideologische Aufladung des deutschen Israel-Diskurses, dass, gleich um welche spezifischen Problematiken es geht, der Schrei ertönt: Warum kommt die Shoah nicht vor? Warum kommt die Hamas nicht vor? In diesem Fall wäre zu antworten: Weil beides schwerlich etwas zur Fragestellung der Untersuchung beiträgt, ob israelische Menschenrechtsverletzungen systematischen Charakter haben. Denn nicht einmal einzelne Menschenrechtsverletzungen sind zu rechtfertigen mit Hinweis auf historisch erlittenes Unrecht oder darauf, dass andere auch Menschenrechte verletzen. Der auf vordergründige Plausibilität spekulierende Einseitigkeitsvorwurf von Probst ist sachlich nicht berechtigt. Was würde der Autor wohl zu dem Vorwurf sagen, dass eine Dissertation zum Thema „Fußball als Religion?“ unseriös sei, weil der Basketball darin gar nicht vorkommt?

Im Beitrag von Probst hat der Vorwurf einseitiger Geschichtsdarstellung gegen die Amnesty-Untersuchung allerdings wieder einen strategischen Sinn. Selbstverständlich muss diese bei der Gründung des Staates Israel ansetzen, über deren Begleitumstände einer der *Neuen Historiker* in Israel ein Buch mit dem Titel „Die ethnische Säuberung Palästinas“ schreiben konnte; denn ob Maßnahmen des Staates Israel der systematischen Unterdrückung der Palästinenser zum Ziel ethnischer Dominanz dienen, genau das untersucht die Studie. Bei Probst aber werden aus dem Aufweis fortwährender Menschenrechtsverletzungen einseitige Schuldzuweisungen im „Israel-Palästina-Konflikt“, gar „eine klare dichotome Trennung zwischen Gut/Opfer/Palästinenser*innen und Böse/Täter/Israel“ (S. 8, Sp. 1). Dabei täuscht schon die Rede von einem „Konflikt“ über die Asymmetrie der Situation hinweg und stellt Besatzer und Besetzte auf eine Stufe; von einem „Genozid“ (S. 7, Sp. 3) habe ich übrigens nichts gelesen. Eine angebliche „Verbindung des Bösen mit Israel“ (S. 8, Sp. 1) dient Probst, der den Staat Israel mit dem Judentum in eins setzt, als Brücke, um den Amnesty-Bericht mit historischem Antisemitismus in Verbindung zu bringen: „Stets war und ist das Judentum das dämonisch Andere und Böse, mit dem die Welt erklärt und die eigene Identität bestimmt bzw. reingewaschen wurde. Israel: Das sind die ‚Kinder des Teufels‘…“ (S. 8, Sp. 2). Ja, so heißt es im Johannesevangelium, aber nicht im Amnesty-Bericht. Ohne plausiblen Nachweis werden „Muster einer antisemitisch geprägten Argumentation“ von Probst einfach behauptet. „Der Bericht von AI vermeidet selbstredend die tabuisierten Sprachbilder des Antisemitismus. (…) Die universellen Menschenrechte werden zwar als leitendes Kriterium der Analyse geltend gemacht. Dies muss jedoch als diskursive Strategie bezeichnet werden, mit der die Nähe zu einer antisemitischen Argumentation übertüncht wird.“ (S. 8, Sp. 2/3). Es ist diese Passage im Gastbeitrag von Hans-Ulrich Probst, die mich so aufgebracht hat, dass ich mich an die Redaktion gewandt habe. AI-Menschenrechtsengagement als Tarnung für Antisemitismus? Keine antisemitischen Aussagen feststellbar – aber das ist ja gerade der Trick? Manche Antisemitismussensibilität scheint nicht zu bemerken, wenn sie selbst in Verschwörungstheorie abgleitet! Mit einer solchen Hermeneutik des Verdachts kann schlechterdings jeder dezidierten Kritik israelischer Politik Antisemitismus unterstellt und der Staat Israel gegen jede berechtigte Anklage immunisiert werden. **Die Antisemitismusbezichtigung in diesem Gastbeitrag beruht auf reinen Unterstellungen. Seriöse Antisemitismuskritik geht anders.**

Wozu dient die Studie von Amnesty International? „Ähnlich wie im Antisemitismus wird den Jüd:innen keine Möglichkeit eingeräumt, sich zu wandeln. Essentialistisch wird erklärt: Israel bzw. die Juden bleiben so, wie sie schon immer waren und heute sind.“ (S. 8, Sp. 3) – es ist mir unerfindlich, worauf Probst diese abstruse Behauptung ohne jeden Beleg stützen will. Das Gegenteil ist der Fall: Amnestys Interventionen setzen darauf, dass unmenschliche Verhältnisse und, ja, auch Menschen sich wandeln. Im Fall des einzelnen politischen Gefangenen sollen massenhafte Briefe an die betreffenden Botschaften zu einem Sinneswandel führen. Öffentlichkeitsdruck spielt schon hier eine Rolle. Der Fall, dass ein ganzes Volk dauerhaft um seine Freiheit gebracht wird – Desmond Tutu prägte für Gaza bekanntlich den Begriff „größtes Freiluftgefängnis der Welt“ –, liegt natürlich schwieriger. Ein Wert des Amnesty-Berichtes besteht auf jeden Fall darin, dass er dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zuarbeitet, der schon vor zwei Jahren Ermittlungen zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf palästinensischem Gebiet aufgenommen hat. Hier geht es darum, Personen zur Rechenschaft zu ziehen, die militärisch oder politisch dafür die Verantwortung tragen. Nicht zu verwechseln ist damit der Internationale Gerichtshof (IHG), der Angelegenheiten des Völkerrechts behandelt. Dieses Gericht erklärte bereits 2004 in einem von der UN-Vollversammlung in Auftrag gegebenen Gutachten („Mauerurteil“), dass Israel mit dem Bau seiner Sicherheitsanlagen auf palästinensischem Grund gegen Völkerrecht verstoße und sie abreißen müsse. Israel ignorierte das Urteil. Amnestys Apartheid-Studie hat jetzt möglicherweise dazu beigetragen, dass die UN-Vollversammlung am 30.12.22 dem IGH den erheblich weitreichenderen Auftrag erteilt hat, die israelische Besetzung der Palästinensischen Gebiete zu prüfen. Noch hat Deutsch-

land bei den Vereinten Nationen dagegen gestimmt, noch bekennt sich unsere Politik formelhaft zur „Zwei-Staaten-Lösung“, während sie zuschaut, wie diese unmöglich gemacht wird, noch hat eine „wertebasierte Außenpolitik“ sich nicht von doppelten Standards gelöst, wenn es um Israel geht. **Soll sich das ändern, braucht es, gerade hier in Deutschland, eine wache und entschiedene Öffentlichkeit, die gegen das „Recht des Stärkeren“ eintritt für eine Stärke des Rechts. Das von Probst propagierte „Prinzip des ‚ja, aber andererseits auch…‘“ (S. 9, Sp. 1) macht dagegen der lavierenden Unentschiedenheit ein gutes Gewissen, die die Dinge so weiterlaufen lässt wie bisher. Kann es denn ein „anderseits“ gegenüber Menschenrechtsverbrechen geben?** Das meint der südafrikanische Bischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu mit seinem geflügelten Wort, mit dem ich diese Replik überschrieben habe.

Eine Bemerkung schließlich noch zur Diskussion im kirchlichen Raum. Die letzte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen war im Sommer 2022 in Deutschland zu Gast. Im Vorfeld schürten interessierte Kreise Ängste, es könnte zu einem Eklat wie bei der Documenta in Kassel kommen, denn eine Reihe von Kirchen wollte per Resolution die Politik Israels als Apartheid brandmarken. Dagegen legte sich die gastgebende EKD mit allen Mitteln ins Zeug. „Uns ist eine Deutschstunde erteilt worden!“, schilderte mir eine Teilnehmerin kopfschüttelnd den Eindruck von der Eröffnungsveranstaltung. **Da die Vollversammlung Erklärungen konsensual beschließt, vermerkt das Dokument, dass über die Bezeichnung „Apartheid“ unter den Kirchen zwei verschiedene Meinungen bestünden. Der ÖRK bekommt den Auftrag, sich mithilfe von Erkenntnissen der Menschenrechtsorganisationen, u.a. Amnesty International, um Klärung zu bemühen.** In der Sache werden die Verhältnisse in Israel – Palästina allerdings klar beim Namen genannt und als systematische Menschenrechtsverletzungen beschrieben. Der erste in einer Liste von Handlungsaufrufen lautet: „Die Mitglieder der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft mögen die Stimmen und wiederholten Appelle der Kirchen und christlichen Gemeinschaften in der Region hören und sie im Gebet und durch Taten begleiten.“ Hilferufe der, wie wir unter Christen sagen, Geschwister in dieser Region gibt es schon lange. „Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen?“, bat 2010 das Kairos-Palästina-Papier die weltweite Christenheit. „Cry for hope“ ist der Titel eines erneuten Hilferufs aus dem Jahr 2020. Die Kirchenleitungsebene in Deutschland tut sich schwer mit der geforderten ökumenischen Solidarität – jüngstes Beispiel: das skandalöse Verbot, auf dem Evangelischen Kirchentag im Juni die Nakba-Ausstellung zu zeigen. Aber es gibt auch Initiativen wie das Kairos-Palästina-Solidaritätsnetz oder kirchliche Friedensgruppen, die einer bedingungslosen Israel-Loyalität nicht folgen können. Für die fällige theologische Diskussion ist hier der falsche Platz. Was ich nur zeigen wollte: Eine Haltung, die Menschenrechtsorganisationen delegitimiert, ist keinesfalls repräsentativ für evangelische Christen in Deutschland.

Literatur:

Ilan Pappe, Die ethnische Säuberung Palästinas, Westend-Verlag, Frankfurt a. M. 2019

Muriel Asseburg, Palästina und die Palästinenser, C.H.Beck Verlag, 2., aktualisierte Edition, München 2022

Tamar Amar-Dahl, Der Siegeszug des Neozionismus: Israel im neuen Millennium, Pro Media Verlag, Wien 2023

Karin Wetterau, Neuer Antisemitismus? Spurensuche in den Abgründen einer politischen Kampagne, Aisthesis Verlag, Bielefeld 2020

Erklärung der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe, Sept. 2022: https://www.oikoumene.org/resources/documents/seeking-justice-and-peace-for-all-in-the-middle-east
Deutsches Kairos-Palästina-Solidaritätsnetz: https://kairoseuropa.de/kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/ueber-das-kairos-palaestina-solidaritaetsnetz/

Anwalt ohne Parkplatz *Interview mit Michael Sfard (28. Juni 2023)*

Michael Sfard ist einer der prominentesten Menschenrechtsanwälte Israels. 2018 erschien sein Buch „The Wall and the Gate: Israel, Palestine, and the Legal Battle for Human Rights.” In Den Haag geht es aktuell nicht nur um russische Kriegsverbrechen: Michael Sfard über Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs in den besetzten palästinensischen Gebieten.

medico: Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag hat im Februar 2021 erklärt, dass sich seine Gerichtsbarkeit auch auf das Westjordanland, den Gazastreifen und Ost-

jerusalem erstreckt. Damit hat das Gericht den Weg frei gemacht für die Aufnahme einer formalen Untersuchung dort potenziell begangener Kriegsverbrechen. Was bedeutete diese Entscheidung und was ist seitdem passiert?

Michael Sfard: Die Entscheidung hat den Weg dafür frei gemacht, Verbrechen am IStGH zu verhandeln, die in den palästinensischen Autonomiegebieten begangen wurden. Es ging um die Frage, ob Palästina ein Staat nach internationalem Recht ist, und das Gericht entschied mehrheitlich, dass es sich im Sinne des Gerichts um einen Staat handelt. Der aktuelle Stand der Ermittlungen ist allerdings nicht öffentlich. Klar ist, dass die mittlerweile abgelöste Anklägerin eine Voruntersuchung angestellt hatte, die sich bezüglich israelischer Verbrechen auf drei Fälle erstreckt, die aber – wie sie damals sagte – nur Beispiele seien. Dies sind erstens der Einsatz tödlicher Waffen gegen Demonstrant:innen im Gazastreifen beim Marsch der Rückkehr seit März 2018, zweitens die Siedlungspolitik und drittens die Bombardierung ziviler Ziele während des Gaza-Krieges 2014.

Es kann sein, dass der jetzige Ankläger weitere Untersuchungen veranlasst hat und dass vielleicht sogar Untersuchungen wegen des Verbrechens der Apartheid begonnen werden. Im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts sind jedenfalls Kriegsverbrechen begangen worden. Das Gericht untersucht auch palästinensische Verbrechen, z. B. den Abschuss von Raketen auf israelische Zivilist:innen von Gaza aus, die Selbstmordattentate und Folter in palästinensischen Gefängnissen.

Lassen Sie uns über den Apartheid-Begriff sprechen, und zwar nicht als politischen Kampfbegriff, sondern als juristische Kategorie. Sie selbst haben bereits 2020 in einem ausführlichen Bericht von Apartheid in Bezug auf das israelische-Kontrollregime in der Westbank gesprochen. Worin besteht die Grundlage dieser Argumentation?

Es gibt zwei gültige Definitionen im völkerrechtlichen Sinne: Einerseits die von der UN-Vollversammlung 1973 verabschiedete „Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid“. Sie richtete sich gegen die Apartheid in Südafrika. Und dann gibt es andererseits die Apartheid-Definition des IStGH, die Apartheid als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit fasst. Diese breitere Definition bezieht sich auf das System der Apartheid und ähnelt der Definition von Folter – in dem Sinne: Folter ist das Quälen von Menschen im Namen des Staates, vollzogen von staatlichem Personal. Wenn ich als Privatperson jemanden quäle, ist das ein Verbrechen, aber keine Folter im völkerrechtlichen Sinne. Dasselbe gilt für Apartheid.

Als Apartheid bezeichnet der IStGH einen Vorgang im Rahmen eines Regierungssystems, in dem eine Gruppe von Menschen eine andere systematisch beherrscht und unterdrückt mit der Intention, dieses Unterdrückungssystem aufrechtzuerhalten. Wenn eine herrschende Gruppe Rechte und Ressourcen besitzt, während die andere daran gehindert wird, diese Rechte und Ressourcen zu erhalten, und wenn das nicht nur zeitweilig ist, sondern dauerhaft gedacht ist, dann handelt es sich laut dieser Definition um ein Apartheidregime.

Und diese Realität ist Ihrer Ansicht nach in den besetzten Gebieten gegeben?

Seit 25 Jahren vertrete ich palästinensische Organisationen und Einzelpersonen vor Gericht, die um ihre Rechte gebracht wurden, während die benachbarten israelischen Siedler:innen mit Rechten ausgestattet sind. Alle meine Anwaltskolleg:innen auf der ganzen Welt haben Parkplätze für ihre Klient:innen. Ich habe keine. Warum? Meine Klient:innen können nicht hierher nach Tel Aviv kommen, ich muss zu ihnen fahren. Ich kenne deshalb Ostjerusalem, die Westbank und auch Gaza seit vielen Jahren.

Irgendwann wurde mir klar, dass das Paradigma der Besatzung eine zu enge Beschreibung für das war, was die Realität, die ich dort antraf, ausmacht. Der juristische Begriffsapparat ist nicht nur dafür da, Dinge zu regeln, sondern auch, die Wirklichkeit in legalen Begriffen zu beschreiben. Und der Begriff Apartheid erklärt in diesem Sinne vieles von dem, was man in der Westbank und in den palästinensischen Dörfern sowie den Siedlungen antrifft. Besatzung ist als Begriff hilfreich, er reicht aber nicht aus.

Doch diese Terminologie ist alles andere als unumstritten …

Das stimmt, und auch ich war lange Zeit skeptisch. Apartheid ist ein rechtlich relevanter Begriff, er hat eine große Bedeutung und man möchte ihn lieber nicht verwenden, schon gar nicht inflationär. Schon vor 20 Jahren bin ich diesem Begriff zur Beschreibung der israelischen Dominanz über die Palästinenser:innen begegnet, als die Mauer errichtet wurde und manche sie als die „Apartheidmauer“ bezeichneten. Ich war damals ganz und gar gegen diesen Begriff, weil ich es für gefährlich hielt, ihn zur Skandalisierung zu verwenden und ihn damit billig zu machen. Mein Einwand damals war: Nicht jeder Mord ist ein Genozid und nicht jede Diskriminierung ist Apartheid.

Nun ist es allerdings so, dass es in der jüngeren Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg viele Besatzungen gab, aber sehr wenige, in denen der Besatzer ein kolonisierendes Siedlungsprojekt betrieb. Selbst das würde jedoch noch nicht ausreichen, um von Apartheid zu sprechen. Es muss auch nachgewiesen werden, dass eine Intention vorliegt, dieses Projekt dauerhaft aufrechtzuerhalten. Israel hat all die Jahre über behauptet, dass es eine solche Intention nicht verfolge, und hat auf den Friedensprozess verwiesen, obwohl vollkommen offensichtlich ist, dass die eine Gruppe auf Kosten der anderen Gruppe Rechte und Ressourcen erhält.

Es hat einen Friedensprozess gegeben, der in der internationalen Politik immer noch als gültig gilt. Ist das kein Argument, das zählt?

Man muss auf die Taten der israelischen Regierung schauen. Sie sprechen alle dafür, dass sie das System der Unterdrückung verlängern und aufrechterhalten will. Wenn man beispielsweise immer weiter Siedlungen baut, dann sagt man: Ich bin hier, um zu bleiben. In den internationalen Beziehungen zählen allerdings Worte oft mehr als Taten. Solange die israelische Regierung behauptet, dass sie den israelisch-palästinensischen Konflikt über Verhandlungen und Konsens lösen will, akzeptiert sie formal, dass es keine unilaterale Lösung und keine Annexionen geben darf. Man darf allerdings nicht vergessen, dass sie anders als der Rest der Welt von umstrittenen und nicht von besetzten Gebieten spricht. 2017 hat sich die Kluft zwischen Worten und Taten allerdings geschlossen. Mit dem Machtantritt von Trump in den USA outete sich die israelische Regierung als die bis dato rechteste der Geschichte. Nun lief die offizielle Politik auf die unilaterale Annexion bestimmter Gebiete hinaus.

Es gibt israelische Stimmen, die bezüglich der Menschenrechtsarbeit von „Terrorismus in Anzügen“ sprechen, die also Versuche, israelische Täter:innen anzuklagen, als Terrorismus bezeichnen. Wie sieht die Antwort der israelischen Regierung auf die Bemühungen beim IStGH und anderswo aus?

Das Team der Ankläger:innen im IStGH besteht aus hochprofessionellen Juristinnen und Juristen. Aber sie brauchen für eine haltbare Anklage gute und professionelle Kontakte zu den Opfern, zu den Augenzeug:innen und zu den Beweisen. Nur palästinensische Organisationen können ihnen eine Art Roadmap der Ereignisse zeichnen. Die Gegenstrategie besteht darin, die Untersuchungen des Gerichtshofes zu behindern und ins Leere laufen zu lassen. Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit mit dem IStGH zu kriminalisieren. Wir werden wohl bald erleben, dass die Knesset einem Antrag zustimmt, der Israelis kriminalisiert, die mit ihm kooperieren.

Das Zweite ist die Einstufung palästinensischer Organisationen als terroristisch, was zum Beispiel die Menschenrechtsorganisation Al-Haq schon betrifft. Die palästinensischen Organisationen sind sehr wichtige Kooperationspartnerinnen des IStGH. Das Ziel der israelischen Politik ist es, sie zu schließen. Mit deren Einstufung als terroristische Organisationen sollte erreicht werden, dass sie keine Gelder aus dem Ausland mehr bekommen. Das war durchaus erfolgreich. Viele europäische Länder haben ihre Unterstützung für die betroffenen palästinensischen Organisationen eingefroren.

Sie vertreten Al-Haq anwaltlich und wurden dafür auch attackiert …

Ich habe Rechtsmittel gegen die Einstufung von Al-Haq beim Innenministerium eingelegt. Drei Tage vor der Anhörung bekam ich die Mitteilung eines Rechtsvertreters des Innenministeriums, dass ich eine Straftat begehe, wenn ich ein Honorar von Al-Haq für diese rechtsanwaltliche Tätigkeit nähme. Das wäre „Transaktion von terroristischem Eigentum“ und könne mit bis zu sieben Jahren Gefängnis bestraft werden. Auch umsonst könne ich nicht für Al-Haq arbeiten, weil das eine Spende an eine terroristische Organisation darstellen würde. Er wies mich darauf hin, dass ich eine Erlaubnis bräuchte, und zwar von ihm. Das habe ich verweigert. Jetzt liegt die ganze Angelegenheit auf Eis.

Israel lehnt den IStGH ab. Für viele Palästinenser:innen dauert das Verfahren viel zu lang. Ist der IStGH in der Sache wirklich hilfreich?

Ich halte den IStGH für einen wirklichen Joker. Es ist richtig, dass die Chancen, israelische Verantwortliche vor dem Gerichtshof in Den Haag zu sehen, nicht sehr aussichtsreich sind. Aber er könnte eine Schlüsselrolle spielen, um das Kräfteverhältnis in diesem Konflikt zu verändern. Es gibt zwei Parteien. Die eine ist eine militärische Supermacht und die andere ein Nobody. Israel ist militärisch, ökonomisch und politisch vollkommen überlegen. Das internationale Recht ist hingegen das Werkzeug der Unterdrückten und Schwachen. Aber richtig ist auch: Auf der Prozessliste des IStGH stehen fast nur afrikanische Straftäter. Die afrikanischen Regierungen kritisieren nicht zu Unrecht, dass sie der Schaffung eines weltweiten Gerichts zugestimmt haben, aber dann ein Gericht bekommen haben, in dem der weiße Norden wieder einmal den Süden sanktioniert. Der Gerichtshof muss jetzt beweisen, dass seine Standards weltweit und für alle gelten.

Seit Wochen protestieren Hunderttausende Israelis gegen die Regierung und ihre Versuche, die Justiz zu entmachten. Sehen die Protestierenden Verbindungen zur Besatzung?

Der entscheidende Grund, warum die israelische Rechte den Obersten Gerichtshof schwächen will, besteht darin, freiere Hand in Palästina zu haben. Die israelische Justiz ist eine der wichtigsten Komplizen der Besatzung. Trotzdem legt sie der Politik Zügel an und verlangsamt den Prozess. Wir haben aber eine neue Generation von Siedler:innen, die sich nicht mehr auf solche langwierigen Auseinandersetzungen einlassen wollen. Sie möchten alles sofort haben. Sie wollen palästinensisches Land enteignen und den Palästinenser:innen sofort die Felder wegnehmen. Die Siedler:innen begehen eine Art von Vatermord, denn der Oberste Gerichtshof hat das Siedlungsprojekt mit vorangetrieben.

Was ist der Ausblick?

Ich glaube, dass die Massenproteste in Israel sehr bedeutsam sind. Wenn die israelische Regierung scheitert, also die parlamentarische Einschränkung des Obersten Gerichtshofes nicht durchkommt, verändert das viel. Die israelische Öffentlichkeit ist bezüglich des Verständnisses von Demokratie systematisch verdummt worden. Die letzten Wochen haben den Israelis eine Menge ziviler Lektionen verpasst. Jedes Baby weiß nun, dass Demokratie nicht einfach die Regierung der Mehrheit ist, sondern dass bestimmte Werte und Verfahren der Gewaltenteilung unbedingt dazugehören. Ich glaube, dass Veränderungen möglich sind, wenn Risse, die unter der Oberfläche verborgen waren, sichtbar werden. Und genau das geschieht gerade in Israel – mit offenem Ausgang.

Das Gespräch führten Mario Neumann und Katja Maurer.

Dieser Beitrag erschien zuerst im medico-Rundschreiben 2/2023. Wir drucken es ab mit freundlicher Genehmigung von medico international.

Doppelstandards. Die deutsche Politik stellt die Menschenrechte der Palästinenser:innen hintenan. *von Riad Othman (27. Juni 2023)*

Das vergangene Jahr war für Palästinenser:innen im Westjordanland das tödlichste seit fast 20 Jahren. Israelische Besatzungstruppen und Siedler töteten 146 Menschen. Und die Spirale dreht sich weiter: Bis Ende Mai 2023 sind bereits 112 Personen erschossen worden. „Wir als internationale Partner müssen für die Opfer einstehen. Jedes Opfer hat einen Namen. […] Wir müssen ihre Namen aussprechen und ihre Rechte fördern. Und wir müssen die Täter beim Namen nennen“, sagte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock am 27. Februar 2023 vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf. Allerdings ging es da um die Ukraine. Im Zusammenhang mit der Fußball-WM in Qatar erklärte sie: „Unsere Welt basiert auf Menschenrechten und deswegen sind Menschenrechte unteilbar.“

Doch diese Welt der deutschen Außenpolitik scheint Palästina nicht einzuschließen. Der selektive Charakter der moralischen Empörung stellt die viel bemühte Wertebasis fundamental infrage. Als beispielsweise im Mai 2022 ein Scharfschütze der israelischen Armee die palästinensische Journalistin Shirin Abu Akleh erschossen hatte, und zwar mit voller Absicht, wie eine Untersuchung von Forensic Architecture nachwies, reichte es von deutscher Seite nicht einmal für die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission, obwohl der schwerwiegende Verdacht sich früh erhärtete. Menschenrechte verkommen zur Floskel, die man dann bemüht, wenn es gerade passt – oder weglässt, wenn es den eigenen Interessen dienlich ist. Doppelstandards wendet die Bundesregierung gegenüber vielen Ländern an, man denke an den Umgang mit Ägypten oder der Türkei. Hinsichtlich Israel und Palästina sind sie jedoch besonders eklatant.

Repression gegen Zivilgesellschaft

Das langjährige israelische Vorgehen gegen palästinensische Menschenrechtsorganisationen fand im Oktober 2021 einen Höhepunkt, als der damalige Verteidigungsminister Benny Gantz sechs auf einmal zu Terrororganisationen erklärte, darunter zwei Partnerorganisationen von medico. Das Hauptziel war, ihre finanzielle Unterstützung durch internationale Geber, darunter Deutschland, auszutrocknen, die zögerlich auf die Anschuldigungen reagierten und erst einmal keinen entschiedenen Widerspruch einlegten, obwohl keine überzeugenden Beweise vorgelegt wurden. In Israel wusste man die Zeichen zu deuten. Im August 2022 brach die Armee in die Büros der Organisationen ein, nahm deren Computer mit und ordnete ihre Schließung an. Die Repression im Umgang mit der Zivilgesellschaft soll nun auch nach innen ausgeweitet werden: Ein umstrittenes Gesetzesvorhaben, das israelische Organisationen durch die Besteuerung staatlicher Zuschüsse ins Visier ge-

nommen hätte, wurde nur nach der Intervention mehrerer Regierungen vorübergehend gestoppt. Auch die Bundesregierung setzte sich bei ihren israelischen Partnern gegen das Gesetz ein.

Dieser Unterstützung von Organisationen vor Ort, die auch im Fall israelischer Verbrechen seit Jahren gegen Straflosigkeit kämpfen, steht ein zunehmend widersprüchliches Handeln der Bundesregierung auf internationaler Ebene gegenüber. Bei der Abstimmung im UN-Menschenrechtsrat zur Einrichtung einer Untersuchungskommission wegen der massenhaften Erschießung von Demonstrierenden im Gazastreifen 2018 enthielt sich Deutschland noch.

Mittlerweile scheint Berlin allerdings gegen multilaterale Mechanismen zur Untersuchung und, falls erforderlich, Verfolgung von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen zu opponieren, wenn es um Israel geht. Als die Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) prüfte, ob die Situation in Palästina unter die Jurisdiktion des Gerichts falle, versuchte Deutschland dies abzuwenden, indem es der Kammer als „amicus curiae“ seine Sicht der Dinge in einem eigenen Rechtsgutachten übermittelte. Als dieser Weg scheiterte und die Kammer 2021 abschließend und für alle Vertragsparteien die Zuständigkeit des IStGH verbindlich entschied, positionierte sich das Auswärtige Amt öffentlich dagegen. Ein solches Vorgehen von einem Staat, der sich jahrelang für das Römische Statut und die Schaffung des Gerichtshofs eingesetzt hatte, setzt den IStGH politisch unter Druck und beschädigt ihn. Dieser Trend setzte sich Ende 2022 fort: Die Bundesrepublik stimmte in der UN-Generalversammlung gegen die Resolution, die den Internationalen Gerichtshof mit der Ausarbeitung eines Gutachtens zur grundsätzlichen Legalität der Besatzung beauftragte. Eine große Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten stimmte dafür.

Sicherheit versus Menschenrechte

„Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.“ Als abgewandeltes Zitat wie hier oder in der Urfassung Angela Merkels als „Teil“ deutscher Staatsräson ist dieser Satz Dutzende Male im Mund geführt worden, auch von Politiker:innen wie Olaf Scholz oder Annalena Baerbock. Was ist gemeint, wenn er immer wieder gesagt wird? Wer definiert, worin Israels Sicherheit besteht? Benjamin Netanjahu, der mehrfach gesagt hat, dass er das Jordantal – ein Drittel der Westbank – niemals räumen wird? Der ehemalige Verteidigungsminister Benny Gantz, der vielen hierzulande als gemäßigt gilt, einen palästinensischen Staat unter Verweis auf die israelische Sicherheit aber ebenfalls strikt ablehnt? Ein derart unpräziser und entgrenzter Sicherheitsbegriff erteilt dem palästinensischen Wunsch nach einem Leben ohne Gewalt, in Freiheit und Würde, faktisch eine Absage. Denn am Ende bestimmt alleine Israel, wann sein Sicherheitsbedürfnis befriedigt sein wird. Unterdessen gehen der Siedlungsbau und die staatliche Gewalt weiter. Die Erschießung palästinensischer Zivilist:innen, Journalist:innen und unbewaffneter Demonstrant:innen, Angriffe auf Gesundheitspersonal, spontane wie organisierte Siedlergewalt, nächtliche Razzien der israelischen Armee, bei denen sie grundlos in Privathäuser eindringt und Familien aus dem Schlaf reißt: Alltag in den besetzten Gebieten. Von „legitimen palästinensischen Sicherheitsinteressen“ wird selten gesprochen.

Bei den Reden anlässlich des 75. Jahrestags der Staatsgründung Israels im Bundestag spielte das alles dementsprechend keine Rolle. Auch die Tatsache, dass die Staatsgründung Israels untrennbar mit der Vertreibung und Flucht eines Großteils der palästinensischen Bevölkerung verbunden war, blieb – außer in der Rede Jürgen Trittins – unausgesprochen. Stattdessen wurde unter Bezugnahme auf eine stark romantisierte und in Teilen verfälschte Version der Geschichte die deutsch-israelische Freundschaft beschworen. Der eigentliche Inhalt dieser besonderen Beziehungen blieb dabei seltsam konturlos. Und bei Friedrich Merz nahm er eine eigentümliche Wendung: „Auf dem Militärstützpunkt Tel Nof werden deutsche Soldaten von Angehörigen der israelischen Streitkräfte an der Heron-Drohne zu Piloten ausgebildet. Deutsche und israelische Soldaten leben und arbeiten Seite an Seite für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratien und den Einsatz für gemeinsame Werte in der Welt.“ Welche Werte das genau sein sollen, blieb unklar. Klarer ist hingegen, wo und unter welchen Umständen die israelische Armee die Erfahrungen sammelt, die sie dann an Angehörige der Bundeswehr und deutschen Polizei weitergibt: Getestet werden Taktiken der Aufstandsbekämpfung und neue Waffensysteme an der palästinensischen Bevölkerung, in Gaza beispielsweise an einer extrem jungen Bevölkerung von rund zwei Millionen Menschen – rund 40 Prozent sind jünger als 15 Jahre –, die bei Angriffen keine Schutzräume hat. Die israelische Rüstungsindustrie vermarktet ihre Waffen als kampferprobt und unter realen Bedingungen getestet, quasi mit dem Gütesiegel der Besatzung.

Anders anfangen

Die Alternative wäre ein konsequenter Einsatz für Menschenrechte und Völkerrecht ohne Ansehen jeweiliger Zugehörigkeiten von Opfern und Tätern. Innenpolitisch müsste dieser einhergehen mit der Rückbesinnung auf das Grundgesetz und darin garantierte Rechte wie das der Versammlungsfreiheit, der freien Meinungsäußerung sowie der Kunst- und Wis-

senschaftsfreiheit. Die Bundesregierung sollte auch außenpolitisch die Janusköpfigkeit ihres Ansatzes überdenken. Sie muss sich entscheiden: Will sie – unter Verweis auf die eigene Geschichte – ein möglichst spannungsarmes Verhältnis zu Israel, das – from the river to the sea – straflos schalten und walten kann, während es sich sogar im Innern immer mehr zu einer illiberalen Ethnokratie entwickelt? Das wäre eine Klärung dahingehend, dass die Menschenrechte eben doch nicht für alle gelten oder dass, mit anderen Worten, Palästinenser:innen der deutschen Staatsräson geopfert werden müssen. Oder will sie die „Unteilbarkeit der Menschenrechte" auch Palästinenser:innen zuteilwerden lassen?

An der besonderen Verantwortung Deutschlands für Jüdinnen und Juden würde sich dadurch nichts ändern. Eine gelebte Praxis dieser Verantwortung müsste dann aber anders aussehen und neu gedacht werden. Sie könnte sich nicht mehr in symbolpolitischen Gesten erschöpfen und dürfte sich die Bestätigung, genügend gegen Antisemitismus zu tun, nicht von der rechtsextremen Regierung eines Landes holen, die die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Der Autor Riad Othman arbeitet seit 2016 als Nahostreferent für medico international von Berlin aus. Davor war er medico-Büroleiter für Israel und Palästina. Dieser Beitrag erschien zuerst im medico-Rundschreiben 2/2023.

Brief des FFE-Leitungskreises an den württembergischen Landesbischof Ernst-Ludwig Gohl *(4.Juli 2023)*

Herrn
Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl,
Rotebühlplatz 10
70173 Stuttgart

Freiburg, den 4.7.2023

Grußwort und Teilnahme am Podium – Kongress „Antisemitismus heute" 24. – 26 September 2023 in Schwäbisch Gmünd auf dem Schönblick, veranstaltet u.a. von den „Christen an der Seite Israels Deutschland" und der „Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem, ICEJ"

Sehr geehrter Herr Landesbischof Gohl,

die Internationale Christliche Botschaft Jerusalem (ICEJ) wird zu den Veranstaltern des o.g. Kongresses gehören. Sie werden bei der Eröffnung ein Grußwort sprechen und an einem Podiumsgespräch zum Thema „Hat Antisemitismus einen Platz in Deutschland?" teilnehmen, zusammen u.a. mit Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.

Wir haben das mit großem Befremden zur Kenntnis genommen. Es müsste Ihnen bekannt sein, dass vor allem das Flaggschiff der Veranstaltung, nämlich die ICEJ, eindeutig dem Christlichen Zionismus zuzurechnen ist. Christliche Zionisten praktizieren eine Politische Theologie, die das Völkerrecht und die Menschenrechte ignoriert. Die Verheißungen des Alten Testaments, die letztlich auf das gleichberechtigte Miteinander aller im verheißenen Lande Lebenden zielen (Ezechiel 47, 21-23!), werden faktisch dazu benutzt, die Vertreibung der Palästinenser aus ihren Häusern und von ihrem Land zu legitimieren. Ihre historischen Wurzeln im Land und ihr Recht auf Selbstbestimmung werden nicht ernst genommen.

Die Oberhäupter der christlichen Kirchen in Jerusalem haben schon 2006 Einspruch erhoben: „We categorically reject Christian Zionist doctrines as false teaching which corrupts the biblical message of love, justice and reconciliation." (The Jerusalem Declaration on Christian Zionism). Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich von dieser Bewegung distanziert (s. etwa Israel-Palästina, Eine Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelost-Kommission, Exkurs: Christlicher Zionismus). An einer Veranstaltung wie dem Schwäbisch Gmünder Kongress teilnehmen hieße daher nicht nur, unsere palästinensischen Glaubensgeschwister vor den Kopf zu stoßen, sondern auch zu demonstrieren, dass das öffentliche Wort unserer Kirche nicht viel gilt.

Überdies wird während des Kongresses auf dem Schönblick die Ausstellung „1948" zur Staatsgründung Israels gezeigt. „Historisch ein erstrangiges Datum, politisch ein Korrektiv gegen Verzerrung", schreiben die Veranstalter. Tatsächlich aber ein Unternehmen, das von Verzerrungen und Falschdarstellungen strotzt. Es werden beispielsweise zionistische Gründungsmythen reproduziert, die inzwischen von den israelischen sogenannten „neuen Historikern" klar widerlegt sind, z.B. der Mythos: „Ein Land ohne

Volk für ein Volk ohne Land“ oder der Mythos „David gegen Goliath“. Das Massaker an der arabischen Bevölkerung von Deir Yassin ist gut erforscht. Bei der Ausstellung 1948 werden die Ereignisse umgedeutet und verharmlost.

„Antisemitismus heute“ ist das Motto des Kongresses, an dem Sie maßgeblich teilnehmen wollen. Wir halten es für äußerst unwahrscheinlich, dass in diesem Kontext und bei der angekündigten Besetzung des Podiums zum Thema etwas anderes herauskommt als die Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs zur Abwehr von Kritik an der Politik des Staates Israel, der die Menschenrechte seiner eigenen palästinensischen Bürger sowie der Menschen im besetzten Palästina systematisch mit Füßen tritt.

Mit Bedauern nehmen wir wahr, dass Sie sich als evangelischer Landesbischof auf die falsche Seite gestellt haben. Nach der Botschaft des Evangeliums gehören Sie auf die Seite der Schwachen und Unterdrückten. In Schwäbisch Gmünd bewegen Sie sich unter den Lobbyisten des Staates Israel, deren Theologie auf die Legitimierung von Besatzung und Apartheid hinausläuft.

Mit freundlichen Grüßen

für den Leitungskreis des FFE

Manfred Jeub, Peter-Michael Kuhn,

Dr. Wilhelm Wille

Zwei Buchempfehlungen *von Manfred Jeub*

Jürgen Grässlin, Einschüchtern zwecklos, Heyne 2023, 384 S.

Der Bundessprecher der Aktion Aufschrei, der auch die Badische Landeskirche beigetreten ist, hat eine Autobiographie geschrieben. Zur Zeit tourt der Autor auf Lesereise durch Deutschland. In Freiburg stellte er den heroisch klingenden Verlagstitel klar: Er habe natürlich immer vernetzt agiert. Die wichtige Botschaft: Der Einzelne kann etwas machen! Wenn auch nicht viele über das Durchhaltevermögen dieses Friedenskämpfers verfügen dürften, so sind seine in zehn Kapiteln ausgebreiteten Erlebnisse doch eine Ermutigung in Zeiten, wo Militarisierung wieder Oberwasser hat. Grässlin: „Wir müssen die »Zeitenwende« neu und ganz anders definieren, als Bundeskanzler Scholz am 27. Februar vergangenen Jahres in seiner Rede im Bundestag. Lassen Sie uns die Wende zum Guten anstoßen. Ich möchte den Menschen Mut machen zum Widerstand gegen Hochrüstung und Militarisierung und gegen die Klimakatastrophe. Auch das Militär ist ein schlimmer Klimakiller. Und es ist aus allen bedeutenden Klima-Abkommen ausgenommen. Die Streitkräfte aller Nationen können den Globus nach Belieben verschmutzen und belasten. Auch dagegen müssen wir uns wehren. Ich hoffe sehr, dass ich Menschen ermutigen kann, aktiv Widerstand zu leisten.“

Tamar Amar-Dahl, Der Siegeszug des Neozionimus, ProMedia, 224 S.

Die israelisch-deutsche Zeithistorikerin studierte Geschichte, Philosophie und General Studies in Humanities an den Universitäten von Tel Aviv, Hamburg und München. Ihre Dissertation befasst sich mit dem israelischen Politiker Shimon Peres. Sie arbeitet als Lehr-beauftragte an der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients der Freien Universität Berlin. Das Buch ist von hohem Aufklärungswert, was die inneren Entwicklungen in Israel seit dem Scheitern des Oslo-Friedensprozesses angeht. Amar-Dahl zeichnet mit ideologiekritischem Ansatz den Niedergang des Linkszionismus in den Koalitionsregierungen und das Verschwinden seiner Friedensideologie nach und erklärt das Erstarken nationalreligiöser Kräfte. Der Person Benjamin Netanjahu kommt dabei besondere Bedeutung zu. Es geht in diesem Buch um drei Schlüsselbegriffe: Okkupation, Zivilmilitarismus und Neozionismus. Nur mit diesen, so Tamar Amar-Dahl, wird ein fundiertes Verständnis der israelischen Besatzungsmacht zu Beginn des neuen Millenniums verständlich.